

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Bestellgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Rottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierwöchiger Beizzeit 60 Pf.,  
Stellengefuche 40 Pf.; für Ver-  
bandsmitglieder 20 Pf., Verjam-  
lungsanzeigen 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 1

Berlin, den 1. Januar 1910.

26. Jahrgang.

## Silvester = Inventur.

▽ △ ▽

Schlägt den zwölften Glockenschlag  
Dieses Jahres letzter Tag,  
Arbeitsmann, mach Inventur!  
Sieh', wie deine Sache steht!  
Achte drauf, ob richtig geht  
Deines Lebensschicksals Uhr!

Freilich „Soll“ und „Haben“ kam  
Buchen nicht der Arbeitsmann,  
Weil mit beiden nie er quitt!  
Und so sehr er sich auch müht,  
Immer ist's das alte Lied:  
Die Bilanz mit Defizit!

Und ein Defizit wächst flink;  
War es anfangs auch gering,  
Rasch vergrößert's sich enorm!  
Dafür sorgt' in diesem Jahr  
Schon der Steuern neue Schar  
Für die Reichsfinanzreform!

Zündholz, Kerze, Seife, Bier  
Und Zigar'n besteuern wir,  
Woll'n wir uns des Lebens freu'n!  
Solches bracht' dem Proletar  
Segensreich das gute Jahr  
Tausendneuhundertundneun!

„Zwölf“ schlägt dieses Jahres Uhr ...  
Arbeitsvoll, mach Inventur!  
Jeder Dienst heischt seinen Lohn:  
Drum vergeß die Steuern nicht, —  
Schließt die Reichen stark und dicht!  
Hoch die Organisation! e. e.

## Neujahrsgedanken.

Wieder ist ein Jahr in das Meer der Ver-  
gangenheit versunken, und in seiner letzten Stunde  
lebte wiederum die Frage auf: Was wird das  
kommende Jahr uns bringen?

Wir sind nicht prophetischen Geistes voll, und  
der Zukunft Dunkel vermögen wir nicht zu durch-  
dringen. Dennoch ist eines gewiß: Das Jahr 1910  
wird ein Kampfsjahr werden!

Am gewerkschaftlichen Horizont haben sich schon  
drohend schwere Wetterwolken zusammen, und  
leicht kann es in den kommenden Wochen zu einem  
heißen Ringen zwischen Kapital und Arbeit kommen.  
In der Holzbearbeitungsindustrie und im gesamten  
Baugewerbe rüsten sich die Parteien zum Kampf  
um die Neuverregulierung der tariflichen Bestim-  
mungen. Während die Arbeitgeber die Konjunktur  
des Niederganges auszunutzen suchen, um Rechte  
und Freiheiten der Arbeiter zu beschneiden, oder  
doch zumindest entschlossen sind, ihren Profit-  
erzeugern keine weiteren Konzessionen zu machen,  
müssen andererseits die Arbeitnehmer bestrebt sein,  
ihre Einkommensverhältnisse mit den andauernd  
hohen Preisen der Lebensmittel und der sonstigen  
notwendigen Bedarfsartikel in Einklang zu  
bringen. Bei diesen gegenseitigen Interessen wird  
es schwerlich ohne Kampf zu einem friedlichen Aus-  
gleich kommen. Dem Unternehmertum kommt zwar  
die fortwährende Ungunst des Wirtschaftslebens ge-  
legen, aber hinter den Forderungen und Wünschen  
der Arbeiter steht achtunggebietend die Macht der  
Organisation, die glücklicherweise auch durch die  
Stürme der Krisenzeit nicht geschwächt werden  
konnte. So werden denn die Würfel des Kampfes  
rollen. —

Im Baugewerbe dürfte ein Kampf von sel-  
tenem Umfang unvermeidlich sein, wenn auch  
fernerhin die Unternehmer auf einer Forderung  
bestehen bleiben, die in beleidigender Unberück-  
sichtigung nicht übertroffen werden kann. Sind doch  
diese Herren willens, die Arbeiter unter das Joch  
der einseitigen Arbeitgeberarbeitsnachweise zu  
zwingen und stellen zudem noch das Anfinnen, es  
sollten die Arbeiter sich diese Zuchttrute durch tarif-  
liches Gesetzwesen selbst auf den Rücken binden. Mit  
Recht rief darum auch Genosse Bömelburg im  
Reichstag bei der Besprechung der Arbeitsnachweis-  
interpellation aus, daß die Arbeiter lieber alle  
Tarifverträge zum Teufel gehen lassen, ehe sie den  
Arbeitgeberarbeitsnachweis tariflich anerkennen  
würden. Verharrt das Unternehmertum auf dieser  
Forderung — und es wird daran festhalten, nach-  
dem ihm von der Reichsregierung in dieser Frage  
der steife Nacken noch mehr gesteuert wurde — dann  
wird im nächsten Frühjahr im deutschen Bau-  
gewerbe ein Kampf entfeuert werden, der riesige  
Opfer heischt und in seiner Rückwirkung auf das  
allgemeine Wirtschaftsleben von bedenklicher Trag-  
weite sein wird.

In unserem Beruf sind große Kämpfe wohl  
weniger zu erwarten, wenn auch im neuen Jahre  
einige Tarifverträge ablaufen und erneuert werden  
müssen. Um so mehr muß es unser aller Aufgabe  
sein, durch fleißigste Agitationsarbeit unsere Macht-  
mittel zu stärken, damit uns unsere Unternehmer  
gerüstet finden, wenn im Jahre 1911 der Dreistädte-  
tarif abläuft. Auch der kommende Verbandstag  
wird dieser Aufgabe dienen müssen. Von seinen  
Beschlüssen hoffen wir, daß sie die Aktionskraft des  
Verbandes derart stärken werden, daß selbst in der

flauen Geschäftszeit, selbst während der Sommer-  
monate, das Unternehmertum unseres Berufes  
einen längeren Kampf vermeiden möchte. In den  
letzten Monaten des nun zur Hälfte gegangenen  
Jahres war der Agitationsseifer unserer Kollegen  
von schönen Erfolgen gekrönt, und wir hoffen, daß  
er im neuen Jahre noch reicheren Segen bringt.  
Auch die uns noch fernstehenden Kollegen und  
Kolleginnen müssen endlich einsehen lernen, daß  
sie nicht nur in Zeiten der Not, der Arbeitslosigkeit  
und Krankheit an dem Verband einen treuen  
Freund und eine kräftige Stütze finden, sie müssen  
auch einsehen lernen, daß die paar Pfennige Bei-  
trag, die der einzelne an seine Organisation ab-  
führen muß, ihm reichliche Zinsen bringen, wenn  
durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller  
Berufsangehörigen auch die Lohn- und Arbeits-  
bedingungen des einzelnen verbessert werden  
können.

Soll letzteres in allgemein umfassender Weise  
geschehen, dann ist allerdings auch notwendig, daß  
auch die jungen Rekruten, die im verfloffenen Jahre  
sich in die Stabes unserer Kämpferschar einreihen,  
treu zur Fahne halten und gleich unseren alten  
Kampfgesossen — denen wir auch an dieser Stelle  
für ihr zähes, opferwilliges Wirken danken müssen —  
bestrebt sind, den Verband weiter auszubauen, bis  
unter seinem schützenden Dach sich alle Arbeitnehmer  
unseres Berufes vereinigt finden.

Je mehr wir diesem Ziel in dem kommenden  
Jahre uns nähern, um so mehr wird dieses werden,  
wie wir es allen Kollegen und Kolleginnen  
wünschen:

Ein glückliches neues Jahr!

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ wird von nächster Nummer ab wieder vom Kollegen Karl Michaelis geführt werden.

2. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt ersuchen wir, gleich nach dem 1. Januar auszufüllen und spätestens am 4. Januar hierher abzusenden. Bei der Ausfüllung ist zu beachten, daß als Stichtage für die Zählung der Arbeitslosen in den Feldern 7 bis 12 der Berichtskarte (vergleiche Handbuch S. 224) diesmal der 23. Oktober und 20. November 1909 sowie der 1. Januar 1910 gelten. Die Berichtskarten sind den Bevollmächtigten bereits mit unserem Rundschreiben vom 10. Dezember zugegangen. Sollten solche irgendwo nicht zu Händen der Bevollmächtigten gekommen sein, ersuchen wir um Nachricht, um Zusendung bewirken zu können.

3. Mit Ablauf des Jahres 1909 ersuchen wir, alle diejenigen Mitgliedsbücher mit Buchnummer bis einschließlich 60 000, welche nicht vom Verbandsvorstand, sondern von den Bevollmächtigten der Zahlstelle ausgestellt wurden, zur Erneuerung an den Verbandsvorstand einzuliefern, auch wenn dieselben noch nicht ganz vollgelebt sind. Diejenigen Bücher, die als Ersatz für eine Mitgliedskarte oder als zweite bzw. dritte Bücher vom Verbandsvorstand ausgestellt sind, bedürfen der Erneuerung nicht, sind also nicht mit an uns einzuliefern.

Vor Einsendung der alten Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind, weil nur dann ein richtiger Uebertrag in das neue Mitgliedsbuch möglich ist. Insbesondere ist auch darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei auch der Aufnahme vollständig ausgeschrieben sein soll.

Die Inhaber solcher Mitgliedsbücher ersuchen wir, sofern sie ihrer Beitragspflicht bis einschließlich 52. Woche genügt haben, ihre Bücher schon jetzt an den örtlichen bzw. Gau-bevollmächtigten einzuliefern, um nicht in den ersten Wochen des Jahres durch die große Zahl der eingehenden Bücher an der schnellen Erledigung der Umschreibung behindert zu werden. Die alten Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mit den neuen Mitgliedsbüchern zurückgegeben.

4. Bei Einsendung von Mitgliedskarten, für die Mitgliedsbücher ausgestellt werden sollen, bitten wir zu beachten, daß jetzt nur noch solche Karten zur Umschreibung angenommen werden, in welchen die Beitragsmarken bis Ende des Jahres 1909, also bis einschließlich 52. Woche, eingelebt sind.

5. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. Bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventueller Vorzeigung anzuhalten und an uns einzusenden.

Nr. 2 388	ausgestellt für	Ernst Behringer,
" 10 847	"	Franz Wäber,
" 11 521	"	Josef Glöckl,
" 38 098	"	Gans Klob,
" 46 828	"	Friedrich Enderle,
" 61 128	"	Max Feld,
" 72 281	"	Marie Selter,
" 77 205	"	Kurt Repp,
" 80 164	"	Paul Geise,
" 80 605	"	Vinzenz Erbeck,
" 82 138	"	Ernst Damrau,
" 87 579	"	Josef Damek.

6. In unserer Bekanntmachung in voriger Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ ist uns ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen, den wir hiermit richtig stellen. Nicht den in voriger Nummer näher bezeichneten Kollegen Reuhoff, sondern den Liniierer Robert Reuhoff aus Eisleben, geboren 22. Oktober 1887 (frühere Buchnummer 6005) ersuchen wir, in das Verzeichnis der Ausgeschlossenen einzutragen, weil sich derselbe in Belgrad Streikbruch zuschulden kommen ließ.

Der Verbandsvorstand.

### Es geht vorwärts, wenn Ihr nur wollt!

Die steigende Auflage unserer Zeitung, die erhebliche Mitgliederzunahme in manchen Zahlstellen beweisen, daß es vorwärts geht, trotz Krise und Arbeitslosigkeit, trotz der Gegnerschaft der Scharfmacher, trotz des Unverständes der unorganisierten, aber nicht unbelehrbaren Massen, trotdallem und alledem!

Aber wie die Arbeit die Hauptquelle alles Reichthums ist, so ist sie auch die Vorbedingung aller Erfolge auf organisatorischem Gebiete. Darum arbeitet überall an der Gewinnung neuer und an der Erhaltung gewonnener Mitglieder, der Erfolg wird dann auch nicht ausbleiben!

Saget nicht: Hier ist nichts zu machen! Auch aus dem feinsten Erdreich können Früchte gezogen werden, doch der Acker muß rechtzeitig und unermüdet bestellt werden. Wer nicht sät, wird auch nicht ernten!

Wer und wo Ihr auch seid — dort, wo das Schicksal Euch hingestellt, könnt und müßt Ihr für den Verband arbeiten. Hier liegen die harten Wurzeln Eurer Kraft.

Darum nochmals: Es geht vorwärts, Ihr nur wollt!

### Die Ausichten der Postkartenindustrie.

Nachdem die zolltarifliche Entscheidung in America gefallen ist, gilt es sich damit abzufinden, daß der dortige Markt für die deutschen graphischen Produkte seinen alten Wert endgültig verloren hat. Unsere lieben Unternehmer mögen es sich nur recht genau überlegen, warum die Entwicklung diese Richtung nahm. Nach dem, was so jetzt nach und nach herüber kommt, und was überdies auch durch die Reize der Organisationsleiter des deutschen und des österreichischen Lithographen- und Steindruckerverbandes seine Bestätigung gefunden hat, muß die deutsche graphische Industrie sich damit abfinden, daß in der technischen Entwicklung, um auch nur eine Seite der ganzen Frage zu betrachten, die Union weit voraus ist. Dadurch sind die deutschen Unternehmer, die das schon lange gewußt haben, so manches Mal auf den Gedanken gekommen, dem Verdienste durch allerlei Mittelchen nachzujelfen. So sei hier nur wieder eine Neuerung eines amerikanischen Importeurs erinnert, der seinerzeit, als die Tarifkampagne ihren Anfang nahm, in einer angesehenen amerikanischen Handelszeitung unter dem Titel „Wahrung an deutsche Fabrikanten“ den hiesigen Postkarteneporturen einen Spiegel vorhielt. Es handelt sich um den Herrn H. W. Vosselmann, er ist ein bekannter amerikanischer Galanteriewarenimporteur. Er spricht sich dahin aus, daß das Benehmen des deutschen Fabrikanten „im höchsten Grade unguverläßlich“ sei, und nicht dazu angethan wäre, das deutsche Wort in Ehren zu halten. Diese Neuerung könnte man vielleicht für die in der Erregung und irgend welcher Verärgerung geschriebenen halten und meinen, daß sie deswegen nicht zu schwer und tatsächlich zu nehmen sei, wenn nicht die weiteren Ausführungen bewiesen, daß der Mann zu dieser Meinung auf Grund tatsächlicher Vorkommnisse gekommen ist. Es heißt weiter: „Die deutschen Fabrikanten nehmen Aufträge an und führen sie nicht in vereinbarter Weise aus, sie machen Verträge und halten sie nicht. Oftmals geben sie einem hiesigen Agenten oder Importeur das Monopol für ihre Erzeugnisse, und verkaufen nachher doch jedem, und zudem oft noch billiger, als der reguläre Vertreter zu zahlen hat. Jedem kleinen Mann wird Kredit gegeben, und wenn die unausbleiblichen Verluste eingetreten sind, dann verfallen die Fabrikanten in das andere Extrem und wollen auch guten Häusern nur gegen Kasse verkaufen. Die Folgen dieser unrecellen und kurzfristigen Politik beginnen sich bereits zu zeigen, sehr viele ziehen es vor, ihre Aufträge durch hiesige lithographische Anstalten ausführen zu lassen. Ist die Leistung auch etwas minderwertig, im Vergleich zu den Leistungen der deutschen Kunstanstalten, es läuft doch mit durch und spart den Auftraggebern den Verdruß und oft auch sehr bedeutende Verluste, wenn er seine Aufträge im Auslande plaziert hätte. Wenn die Deutschen sich den hiesigen Geiz groben und ausnahmefähigen Absatzmarkt für die Zukunft erhalten wollen, so müssen sie mit ihrer bisherigen Politik brechen, erst die Aufträge des Importeurs anzunehmen, und dann ihre eigenen Vertreter herüberzuschicken, um direkt zu verkaufen, um das Geschäft zu forcieren, meist zu niedrigeren Preisen. Eine ganze Reihe amerikanischer Firmen ist durch diese Handlungsweise abgestoßen worden.“ So lautete die Mitteilung in einem durchaus deutschfreundlichen gesinnten Blatte. Dies war vor nun bald Jahresfrist, jetzt ist der Markt für die Deutschen fast verfallen. Wir wollen aber

unsere Unternehmer, wenn sie über die schlechten Zeiten klagen, nicht zu fragen vergessen, inwieweit sie mit zu den deutschen Firmen gehört haben, die sich eine exportfeindliche Stimmung da drüben geschaffen haben.

Ueberdies haben wir in einem anderen Zweige der deutschen Postkartenindustrie, der Bromsilberkartenzweige, durchaus dieselben Schädigungen des Gewerbes beobachten können, und auch hier waren es die Unternehmer, die ihr Möglichstes getan haben, um mit allen Mitteln den Markt zu ruinieren. Als die Industrie in den ersten Jahren ihrer Blüte stand, und das Interesse von Technikern und Kapitalisten immer mehr auf sich zog, da war bald die Periode der Ueberproduktion gekommen, die den ersten Stoß zu den wahrhaftigsten Preisstämpfen bedeutete. Dadurch wurde nicht allein ein Schaden angerichtet, der den Markt unsicher machte, die Produktion selbst wurde ebenfalls unklar, und unter solchen Situationen muß immer der Arbeiter die Zeche des Kampfes zahlen. Bis die Unternehmer selbst merkten, daß es so nicht weiter gehen konnte, da kam das Universalheilmittel der Warenproduktion, Vereinigung der Produzenten. Es soll gegen alle Uebel helfen, gegen Panzerrott und Ueberproduktion, Abschwächungen und Arbeiterforderungen. Die Geschichte dieser Konvention ist gerade in der Bromsilberpostkartenindustrie, trotz ihrer Kürze recht erquicklich. 1901 entstand die erste Bromsilberkonvention. Der Preisvereinigung gehörten die Gerlach H.-G. Berlin, die Neue Photographische Gesellschaft und die Photophot G. m. b. H. an. Anfang 1907 traten noch einige andere Firmen bei. Im April 1908 schied dann die N. P. G. aus, und damit begann eine Periode gegenseitiger Unterbietungen und schärfsten Preisstämpfen, wie wir sie immer noch selten gehabt haben. Die Kosten des Kampfes mußten auf beiden Seiten getragen werden. Die Konvention ging in die Brüche. Die Neue Photographische Gesellschaft kam einem Konkurs in bedenkliche Nähe. Noch in ihrer Generalversammlung vom 1. Oktober 1909 hat man Wunden zugeleimt, eine Anleihe über eine halbe Million beschlossen, um die allergrößten Schulden zu decken, es bleiben aber immer noch 600 000 Mk. Bankschulden, ohne das, was die Deffentlichkeit nicht sehen kann! Nur die Herren Aufsichtsräte kamen mit einem Verdienst aus der Generalversammlung nach Hause, es wurde beschlossen, diesen Herren in den dividendenlosen Jahren, wo von einem Meinerwinne, der ihrer Lantime zugrunde gelegt wird, nicht zu reden ist, wenigstens 2000 Mk. als kleine Entschädigung für ihre Mühewaltungen zu gewähren.

Die Photo-Konventionsindustrie ging einem unaufhaltbaren Untergange entgegen, wäre es nicht zu einer neuen Konvention gekommen. Im August dieses Jahres kam sie wieder zustande. Diesmal hatte man ihr den Charakter einer Preisvereinigung mit Fixierung von Mindestpreisen gegeben, nur der Export wurde von diesen Bestimmungen freigelassen. Draußen will man sich auch weiterhin freie Hand lassen. Aber in den lieben eigenen Vaterländern, wo die Produktion ihr festes Absatzgebiet hat, und wo eine ausländische Konkurrenz nicht in Frage kommt, da einigte man sich. Bei der Gründung traten 14 Firmen bei. Photophot G. m. b. H., Neue Photographische Gesellschaft, Gerlach u. Co. in Berlin, die Berliner Firmen Tierisch u. Co., Hof und Schwertfeger u. Co., die Berlin-Neudorfer Kunstankalten, Langebarthels in Charlottenburg, die Oesterreichische Photographische Gesellschaft in Wien, die Photobromgesellschaft Wien, die Wiener Photophotgesellschaft, „Photografica“ Charlottenburg, Schöneberger Luzuspapierfabrik Freund und die Ungarische Photophotgesellschaft Singer u. Co. in Budapest. Außenleiter blieb Albrecht u. Meißner Berlin und New York, der gerade damals durch die Hilfe der Darmstädter Bank die fallit gegangene Photophot H.-G. in Taucha bei Leipzig aufkaufte, dann noch die Photochemie G. m. b. H. Berlin, die Polyphot G. m. b. H. München, und Regel u. Krug Leipzig. Zwischen ihnen begann sofort von neuem der Kampf auszubrechen. Die Photochemie G. m. b. H. zum Beispiel fuhr den Verhandlungen zwischen den Konventionsfirmen und den Großhändlern der Branche dadurch in die Flanke, daß sie mit einigen von letzteren große Mengen Warenlieferung unter dem Konventionspreise abschloß. Die Konvention sollte nämlich dadurch einen festen Halt bekommen, daß mit dem Verbanne der deutschen Postkartengroßhändler die Lieferungsbedingungen festgelegt wurden. Dies gelang denn auch, trotz der Quertreibereien von anderer Seite. Das Vertragsgebiet der Konvention umfaßt Deutschland, Ostereich-Ungarn, Rußland, Belgien, Holland, Dänemark, Rumänien, Serbien und Griechenland. Um die Einhaltung der Bestimmungen zu sichern, ist den Mitgliedern durch eine hohe Konventionsstrafe ein Ueberertragsfall schwer gemacht. Mit den Großhändlern wurde der Mindestpreis für den Detailverkauf auf 6 Mk. für

Schwarzdruck und 9 Mk. für kolorierte Karten festgelegt. Der Großistenpreis wurde auf 42 bzw. 58 Mk. pro Tausend festgelegt. Hier kam gleich die Preisentwicklung seit der Zeit vor der ersten Konvention, also seit den neunziger Jahren eingefügt werden. Damals kosteten tausend Bromsilberkarten zirka 80 Mk. Der Minimalpreis der ersten Konvention war 63 Mk. Nach dem Aufliegen der Konvention, während des jüngstvergangenen Konkurrenzkampfes ging der Preis bis auf 38, ja 32 Mk. zurück. Der Minimalpreis der jetzigen Konvention ist, wie schon erwähnt, 50 Mk. Von den Großhändlern unterschrieben gleich bei den ersten Verhandlungen rund 250 von den 300 existierenden. Sie verpflichteten sich bis zum Ablauf der Abmachungen, Ende 1911, nur von den Mitgliedern der Preisvereinigung zu kaufen. So gefährlich die Situation noch aussah, es kam dann doch noch zu einer völligen Einigung. Mitte November waren auch noch die letzten Außenleiter, unter ihnen Wegel u. Krug, der am längsten außen geblieben war, in die Konvention eingetreten, damit war der Kampf in der Photographieindustrie endgültig beseitigt. Die Verträge der Photochemie G. m. b. H. wurden den in Frage kommenden Postkartengroßisten im Preise etwas gekürzt, also den Preisnotierungen der Konvention genähert, und dann mit übernommen. Zurzeit ist also wieder mal Frieden eingetroffen. Nun können auch die Arbeiter einmal zusammenstellen, was ihnen an der Unsicherheit des Marktes der letzten Zeit für Nachteile entstanden sind. Es muß immer wieder betont werden, daß solche Nachteile auf die Länge der Zeit außerordentlich groß werden. Und gerade die Postkartenindustrie hat ja jetzt mancherlei auszuhalten. Schon die Ausfußziffern beweisen dies. 1908 sind für 10,4 Millionen Mk. ein- und mehrfarbiger Postkarten allein nach den Vereinigten Staaten ausgeführt worden, 1907 waren es noch 13,2 Millionen Mk. Und die geringere Ziffer ist nicht allein durch die wirtschaftliche Depression entstanden. Kurt Heinig.

**Teuerungsjahre — Lehrjahre.**

Das Jahr 1909 geht zur Reize. Wenn die breiten Massen des Volkes die Bilanz dieses Jahres ziehen, werden sie leider feststellen müssen, daß es nicht viel Gutes für sie gebracht hat. Sein Anfang stand im Zeichen einer Wirtschaftskrise, und wenn auch am Jahresende der Ausblick in die wirtschaftliche Zukunft freundlicher erscheint, wenn sich auch hier und da erfreuliche Anzeichen einer Belebung des Wirtschaftslebens feststellen lassen, so sind das doch immerhin nur Anzeichen. Noch hat mancher Familienvater mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen, und sicherlich empfinden alle, daß das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Bedürfnissen größer, anstatt geringer geworden ist. Die Steigerung des Einkommens hat nicht Schritt gehalten mit der Teuerung aller notwendigen Gebrauchsartikel. Wenn eines ganz unbestreitbar ist, dann gewiß die Tatsache, daß das Jahr 1909 eine Besserung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen nicht mit sich gebracht hat.

Welches sind die Ursachen der Teuerung? Um sie zu erkennen, müssen wir vor allem eins ins Auge fassen: Die Art und Weise, wie die Güter hergestellt werden, die in unserem unmittelbaren Konsum eingehen, ist im allgemeinen nicht kostspieliger geworden. Die Produktionskosten sind nicht gestiegen. In früheren Zeiten hatten herabgehende Produktionskosten auch stets eine Preisermäßigung der Waren im Gefolge. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmern erganz diese Preisermäßigung. Billigere Waren bedeuteten für jedes Unternehmen das Mittel, seinem Konkurrenten die Kundenschaft abzugewinnen. Heute ist das nicht mehr so. Die freie Konkurrenz waltet nicht mehr ungestört, die Unternehmer haben sie ersetzt durch die gegenseitige Vereinbarung, sie haben mächtige, kapitalgewaltige Unternehmungen geschaffen, die Kartelle und Trusts, die den einzigen Zweck haben, die Warenpreise hochzuhalten, die Konkurrenz aufzuheben, die ehemals zwischen den Unternehmern herrschte. Der Preis wird jetzt nicht mehr durch Angebot und Nachfrage auf dem freien Warenmarkt bestimmt, die Verkaufszentralen der Unternehmertartelle sind es, die diese Preise diktiert, und widerstandslos müssen die Konsumenten die geforderten Preise zahlen. Das ist eine Ursache der Teuerung.

Dazu kommen die Zölle und die Steuern, die ja besonders in diesem Jahre in Deutschland ganz erheblich auf die Erhöhung der Preise eingewirkt haben, und schließlich bestehen auch in der Warenverteilung Fehler und Mißstände, die gleichfalls auf die Verteuerung der Produkte hinwirken. Zwischen die produktiven Betriebe, in denen die Waren hergestellt werden, und die unmittelbaren Konsumenten, die die Waren verbrauchen, schieben

sich immer mehr Händler, Agenten und andere unproduktive Erwerbsgruppen ein, die ihren Verdienst aus Preisauflagen auf die Waren erzielen. Die Berufs- und Gewerbebeziehung vom Januar 1907 hat aufs neue die Tatsache bewiesen, daß die Zahl der Händler bedeutend schneller wächst wie die Bevölkerungszahl. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß auch das immer stärker werdende Rentekapital, das in Grund und Boden angelegt ist, sein gut Teil Schuld an den Warenpreiserhöhungen trägt. Der Grund und Boden wird immer höher belastet. Das Einkommen, welches er tragen soll, steigt in demselben Maße, in dem die Belastung steigt, und die Folge davon ist eine Erhöhung der Miete für Wohnungen, Fabriken, Verkaufsmagazine und dergleichen mehr. Letzten Endes muß der Konsument auch diese Erhöhungen tragen, sie werden auf den Preis der Waren aufgeschlagen und allmählich auf die Konsumenten abgewälzt, hinter denen niemand steht, auf den sie die neuen Belastungen übertragen können.

Was ist nun zu tun, um die Teuerung zu bekämpfen? Sicherlich kann dieses nicht durch ein Universalmittel geschehen. Soll es anders werden, dann muß auf den verschiedensten Gebieten zugleich angegriffen werden. Man wird zunächst verlangen, daß das Einkommen der breiten Volksmassen erhöht wird, damit sie imstande sind, den erhöhten Anforderungen des Lebens gerecht zu werden. Daher müssen die Arbeiter nach höheren Löhnen, die Staatsbeamten nach höheren Gehältern streben. Das ist Aufgabe der Berufsorganisationen, die wir hier nicht zu erörtern haben. Die Zoll- und Steuerpolitik kann nur auf politischem Gebiete bekämpft werden, und auch darüber haben wir uns an dieser Stelle nicht zu verbreiten. Uns kommt es darauf an, auf den dritten Weg hinzuweisen, der sich den breiten Volksmassen bei der Bekämpfung der Teuerung und ihren Ursachen bietet, und das ist die Organisation der Konsumenten!

Das deutsche Volk hat den Wert der Organisation recht gut erkannt. Es weist heute die stärksten und leistungsfähigsten Gewerkschaftsorganisationen auf, wir verfügen über sehr beachtenswerte Organisationen der politischen Parteien, die Privat- und Staatsbeamten haben machtvolle Vereinigungen geschaffen, der Bund der Landwirte hat die agrarische Bevölkerung zusammengeschlossen, der Hansabund will das gleiche tun für die in Industrie und Handel tätigen Teile des deutschen Volkes, die Industriellen haben Berufsorganisationen und Arbeitgeberverbände, kurz, wir finden eine reichhaltige Sammlung von verschiedenartigen Organisationen in unserem Vaterlande. Bei der Bildung aller dieser Organisationen haben sich die Menschen jedoch von ihrem Interesse als Produzenten leiten lassen. Der Gedanke, daß auch die Menschen als Konsumenten gemeinschaftliche Interessen haben, die nur durch den Zusammenschluß in großen machtvollen Organisationen gefördert werden können, ist noch ganz neu und seine Ausführung gegenwärtig erst in den Anfängen begriffen. Es mag in ganz Deutschland jetzt vielleicht 1/2 Million Mitglieder der Konsumvereine geben, 20 Millionen der Bevölkerung des Deutschen Reiches haben aber sicherlich alle Ursache, leistungsfähigen Organisationen die Wahrung ihrer Konsumenteninteressen anzuvertrauen. Die überragende Stellung des Rentekapitals, die monopolistische Preisfestsetzung der Kartelle und Trusts kann nur bekämpft werden durch die Organisation der Konsumenten. Diese ist daher so wichtig wie die politische Organisation und die Berufsorganisation. Was sie leisten kann, das zeigt das Beispiel der englischen Konsumgenossenschaften, deren Jahresumsatz nach Milliarden bemessen werden muß, die in eigenen Fabriken für viele Hunderte von Millionen Waren herstellen und die dadurch den Konsumenten eine so machtvolle Position verliehen haben, daß ihnen gegenüber kapitalistische Unternehmerartelle die Waffen strecken mußten. So kann es auch in Deutschland werden, wenn die Konsumenten für starke Organisationen sorgen und wenn die richtige Auffassung vom Konsumvereinswesen diese Organisation besetzt.

Der Konsumvereinsladen ist kein Verkaufsladen, wie man ihn irtümlicherweise manchmal nennt. Er ist nur eine große gemeinsame Vorratskammer, in der sich Hunderte und Tausende von Konsumenten ihre Vorräte eingekauft haben. Entscheidend für die Beurteilung des Konsumvereinswesens ist auch nicht die Höhe der herausgewirkten „Dividende“, denn diese „Dividende“ kann nur entstehen durch Aufschläge auf die Selbstkosten. Aus praktischen Gründen zählt man lieber etwas mehr bei der Entnahme von Waren, weil man dadurch leicht und schmerzlos ein kleines Sparguthaben ansammeln kann, aber dieses Sparguthaben sollte nicht am Schluß des Jahres restlos unter die Mitglieder verteilt werden. Ein Teil dieser Rückvergütung kann allerdings den Konsumenten zur Verfügung gestellt

werden, ein anderer Teil aber sollte dazu dienen, die Kapitalkraft und damit die Leistungsfähigkeit des Konsumvereins zu stärken. Der Konsumverein ist auch Preisregulator für die Waren auf dem freien Marke. Nach seinen Preisen müssen sich die Krämer richten. Wenn aber hohe Dividenden gezahlt werden sollen, dann müssen die Preise erhöht werden, die Händler können dann hohe Aufschläge machen und durch die Täuschung einer Rabattgewährung den Konsumvereinen größere Konkurrenz machen.

Gut geleitete Konsumvereine, deren Mitglieder weniger auf die Höhe der „Dividende“ als auf die Stärkung der Kapitalkraft ihrer Organisation sehen, werden binnen kurzer Zeit Großes leisten können. Ist erst der Konsum organisiert, so läßt sich ohne große Opfer und Mühe auch die Herstellung der Waren durch die Genossenschaften ermöglichen.

Damit steigt die soziale Macht der Konsumenten, sie werden in den Stand gesetzt, den Verteuerungs- und Herrschaftsbestrebungen des Großkapitals entgegenzutreten. Ueber der genossenschaftlichen Tätigkeit sollen gewiss andere notwendige Bestrebungen, wie Politik, Berufsvereine, Erziehungsfragen usw. nicht vergessen werden. Aber daneben muß auch die konsumgenossenschaftliche Organisation zu ihrem Rechte gelangen, wenn es gelingen soll, die herrschende Teuerung und ihre Ursachen erfolgreich zu bekämpfen. Das ist die Hauptlehre, die sich den Konsumenten in der jetzigen Situation aufdrängt. Wenn sie dieser Lehre folgen, dann wird es sich bald zeigen, daß auch die Räume der Kapitalisten, die gegenwärtig eine so machtvolle Position einnehmen, nicht in den Himmel wachsen. Das Volk hat es in seiner Hand, aus eigener Kraft zu einer Ueberwindung der Mächte zu gelangen, die jetzt in so überaus empfindlicher Weise seine Lebenshaltung herabdrücken, seine Freiheit beeinträchtigen, sein Selbstbestimmungsrecht vermindern.

Das ist die Lehre, die die Volksmassen aus dem Teuerungsjahr 1909 ziehen sollten. („Konsumgenossenschaftliches Volksblatt.“)

**Die Hausgewerbetreibenden in dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung.**

K. In der Papierverarbeitung, namentlich aber in der Kartonnagenindustrie, ist die Haus- und Heimarbeit noch stark verbreitet. Ein großer Teil unserer Leser dürfte daher ein Interesse an der Frage haben, welche Berücksichtigung der Entwurf der Reichsversicherungsordnung den Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern zuteil werden läßt.

Gegenwärtig sind die Hausgewerbetreibenden nur in ganz beschränktem Umfange in die Arbeiterversicherung einbezogen. Nach dem Krankenversicherungsgesetz muß die versicherungspflichtige Beschäftigung in den Fabriken, Handwerks- oder sonstigen Betrieben stattfinden. Die Rechtsprechung hat allerdings diese Bestimmung dahin ausgelegt, daß auch außerhalb der Betriebsstätte des Unternehmers Beschäftigte dann versicherungspflichtig sind, wenn sie von dem Betriebsunternehmer so abhängig sind, daß sie zu dem Betriebspersonal gerechnet werden müssen. Trifft dies zu — dazu gehört unter anderem, daß die Beschäftigung nur für den einen Unternehmer erfolgt, daß diesem ein bestimmtes Arbeitsquantum zu liefern ist usw. —, so ist der Begriff „Heimarbeiter“ anzuwenden und die allgemeine Versicherungspflicht gegeben. Im Gegensatz zu diesen stehen die „selbständigen Hausgewerbetreibenden“, die nicht in dem Betriebe, sondern nur für den Betrieb oder mehrere Betriebe tätig und nicht versicherungspflichtig sind. In der Praxis werden diese feinen, oft sehr flüchtigen und unsicheren Unterscheidungen natürlich nur selten beachtet und alle Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden in einen Topf geworfen und — entgegen dem Willen des Gesetzgebers nicht versichert. Allerdings sieht das Gesetz vor, daß auch die „selbständigen“ Hausindustriellen durch Ortsstatut der Versicherungspflicht unterworfen werden können. Aber das ist nur in einer verhältnismäßig beschränkten Anzahl von Gemeinden geschehen.

Für die Invalidenversicherung gelten die gleichen Regeln. Die Heimarbeiter sind versicherungspflichtig; die Hausgewerbetreibenden sind es nur dann, wenn der Bundesrat die Versicherungspflicht auf sie ausgedehnt hat. Bis jetzt hat er das nur hinsichtlich der in der Textil- und Tabakindustrie Beschäftigten getan.

Von der Unfallversicherung sind die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden so gut wie gänzlich ausgeschlossen, da sich dieser Versicherungszweig grundsätzlich nur auf den Fabrikbetrieb erstreckt und diejenigen Berufszweige, auf die außer-

dem allgemein die Versicherung ausgedehnt ist (wie Baugewerbe, Schlosserei, Schlächtereier usw.), eine Hausindustrie kaum kennen.

Diese Zustände sind tatsächlich unhaltbar. Ganz besonders notwendig ist die Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherungspflicht auf die Hausarbeit. Im Mai 1902 lag auch der Entwurf einer Bundesratsverordnung betr. die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden vor, nachdem die gesetzgebenden Stellen in der Gestalt der Nobelle zum Krankenversicherungsgesetz die Ermächtigung dazu erteilt hatten. Der Entwurf fand heftige Anfeindung bei den Unternehmern. Aber auch den Fachleuten schien er nicht klar und anpassungsfähig genug. So blieb er liegen. Im Jahre 1905 wurde eine Kommission aus Regierungsvertretern in verschiedene Bezirke des Deutschen Reichs geschickt, um Erhebungen bei Unternehmern, Arbeitern usw. über die Frage anzustellen. Aber auch von diesen Erörterungen ist ein bestimmtes Ergebnis nicht in die Öffentlichkeit gebrungen. Die stärkste Anregung erhielt wohl die Forderung auf Einführung der Kranken- und Invalidenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden im Jahre 1906, als die große Heimarbeitsausstellung in Berlin das Glend der Hausarbeit wieder aller Welt offenbarte. Bei dieser Gelegenheit wurde auch offiziell versprochen, daß sich nunmehr endlich die Sozialreform-dieser Arbeiterschichten annehmen werde.

Die Frucht aller dieser Vorgänge ist nun der Entwurf der Reichsversicherungsordnung. Die Krankenversicherung soll endlich auf alle Hausgewerbetreibenden ausgedehnt werden. Als solche sollen ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen solche Gewerbetreibende gelten, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden. Dies gilt auch dann, wenn solche Gewerbetreibende die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen sowie für die Zeit, während der sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten. Diese besondere Festlegung des Begriffs „Hausgewerbetreibender“ im Gegensatz zu den „Heimarbeitern“ ist deshalb nötig, weil — leider — der Entwurf für erstere eine Reihe Ausnahmestimmungen vorsieht. Diese Trennung und Ausnahmestellung der Hausgewerbetreibenden wird erst recht zu häufigen Streitfällen führen.

Die Hausgewerbetreibenden sollen nicht den Orts-, sondern den Landkrankenkaassen zugewiesen werden, die nichts anderes sind als die erweiterten Gemeindekrankenversicherungen von heute. Die Versicherungen sollen auf die Verwaltung der neuen Kaassen nicht den geringsten Einfluß haben. Im übrigen sind die Vorschriften, welche die Hausgewerbetreibenden betreffen, so verwickelt und schwer verständlich, daß ein Arbeiter sich in ihnen kaum zurechtfinden wird. Noch komplizierter sind die durch die Bestimmungen angeordneten Einrichtungen. Die Berufsbeamten und Juristen müssen manche Aufnahmen. Obgleich z. B. nach § 197 f a m l i z e Hausgewerbetreibende ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens der Versicherungs-pflicht unterworfen werden, kommt doch wieder § 561 und sieht vor, daß Personen, die mehr als 2000 M. Gesamteinkommen (nicht nur Arbeitsverdienst) haben, von der Versicherungspflicht befreit werden können. Dazu liegt nicht der geringste Grund vor, es sei denn, daß man den Nerzten entgegenkommen will. Die Vorschriften über das Meldewesen sind so unklar, daß überhaupt niemand klug wird. Nur soviel ist zu entnehmen, daß sowohl die Hausarbeiter als auch die Unternehmer eine Meldepflicht auferlegt bekommen sollen.

Die Kaassenbeiträge sollen nach den gemachten Vorschlägen zu einem Teile von den Personen aufgebracht werden, für deren Rechnung die Arbeiten geleistet werden (Auftraggeber), zum anderen Teile von den Hausgewerbetreibenden selbst und von den von ihnen beschäftigten Versicherungspflichtigen. Die Beiträge der Auftraggeber bemessen sich nur nach der Höhe des Entgelts (Lohnes), den er für die geleistete Arbeit den Hausgewerbetreibenden zahlt. Vorläufig ist dieser Beitrag auf 2 Proz. für das ganze Reich festgesetzt worden. Die Arbeitgeber haben allmonatlich der zuständigen Landkrankenkaasse Listen über die Zahl der von ihnen beschäftigten Hausgewerbetreibenden und die Höhe der an diese gezahlten Löhne einzureichen, wonach sich die zu leistenden Beiträge berechnen. Die Krankenkasse teilt die Listen für die Hausgewerbetreibenden, die einer anderen Klasse angehören, dieser mit; die Beiträge werden ebenfalls überwiesen. Die Landkrankenkaasse, deren Mitglied der Hausgewerbetreibende ist, schreibt ihm die nach den Listen bezahlten Beiträge gut.

Die Beiträge, welche von den Hausgewerbetreibenden selbst für sich und die von ihnen beschäftigten Versicherungspflichtigen einzuzahlen sind, werden durch das Statut der Landkrankenkaasse fest-

gesetzt. Für die Beschäftigten entfallen sie zur Hälfte (insgesamt betrachtet also zu ein Viertel) auf diese, zur Hälfte auf die Hausgewerbetreibenden.

Diese ganzen Einrichtungen bedeuten eine ganz kolossale Arbeitslast. Sie könnten ganz wesentlich vereinfacht werden. Es ist z. B. nicht einzusehen, weshalb jeder Hausgewerbetreibende ein besonderes Konto erhält. Dieses Aufschreiben soll allerdings den Zweck haben, nach einem ganz unverständlichen Verfahren einen Maßstab für die Höhe des Krankengeldes abzugeben. Dasselbe soll sich nämlich „zu dem des gesetzlichen Krankengeldes so verhalten, wie die Gesamthöhe der im letzten Rechnungsjahre dem Hausgewerbetreibenden gutgeschriebenen Auftragsbeiträge zu der Gesamthöhe der Beiträge, die der Hausgewerbetreibende für diese Zeit einzuzahlen hatte“. Ganz abgesehen davon, daß diese Sprache schwer verständlich ist, halten wir auch in der Sache die Vorschrift für verfehlt. Es lassen sich sehr leicht Einrichtungen treffen, nach denen das Krankengeld ein für allemal nach festen Normen bezw. Klassen gewährt wird. Ganz verfehlt ist auch der § 579. Er stellt den Versuch dar, die Leistungen der Krankenversicherung von der richtigen Vergütung der Beiträge abhängig zu machen. Auch hier sollte nur die Tatsache der versicherungspflichtigen Beschäftigung für die Ansprüche maßgebend sein. Nach § 584 können durch Statut des zuständigen Kommunalverbandes die Hausgewerbetreibenden von den Beiträgen befreit werden. Dieser Einnahmeausfall ist sodann durch den Kommunalverband zu decken. In diesem Falle kann aber auch durch Kaassenstatut bestimmt werden, daß im Erkrankungsfalle nur freie Krankenpflege, also kein Krankengeld gewährt wird. In den Motiven lesen wir in bezug auf diese Bestimmung, „daß in manchen Bezirken und Zweigen der hausindustriellen Tätigkeit das aus ihr erzielte Entgelt so niedrig ist, daß ohne schwere Beeinträchtigung ihrer ohnedies färglichen Lebenshaltung die Hausgewerbetreibenden nicht in der Lage sein werden, die regelmäßigen Beiträge zu bezahlen“. Weshalb nun diesen armen Leuten noch das Krankengeld entziehen? Der Hinweis ist ein Grund mehr, zu fordern, daß die Hausarbeiter derselben Fürsorge teilhaftig werden wie die übrigen Arbeiter.

Der Entwurf bedarf daher, soweit die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden in Frage kommt, noch der gründlichen Umgestaltung. In der Invalidenversicherung soll es nach der Vorlage überhaupt bei dem bestehenden Zustande bleiben. Der Bundesrat soll nach wie vor bestimmen, welche Gruppen von Hausgewerbetreibenden in die Versicherung einbezogen werden. Die Frage ist natürlich längst sprechreif. Die Hausgewerbetreibenden sollten sämtlich der Invalidenversicherung unterworfen werden. Jrgendwelche technische Schwierigkeiten bestehen nicht mehr, man braucht nur den für die Hausgewerbetreibenden zuständigen Krankenkassen die Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge zu übertragen. Auch in bezug auf die Unfallversicherung der hier in Betracht kommenden Personen soll nichts geändert werden.

Diese Regelung entspricht weder den modernen sozialpolitischen Anschauungen noch den Versprechungen, die den Hausgewerbetreibenden wiederholt gemacht worden sind. Wir haben entschieden die Forderung zu vertreten, daß die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden vollkommen den übrigen gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden.

### Aus der Linierbranche.

In den letzten Jahren hört man öfters von einer Berufsgruppe sprechen, von der früher wenig oder gar nichts in unserem Verbandsleben zu merken war; es ist dies die Berufsgruppe der Linierer. Daß jetzt mehr als sonst von den Verhältnissen der Linierer die Rede ist, liegt wohl an der Ausbreitung unseres Verbandes. Bei den meisten Lohnbewegungen der letzten Jahre, und hier kommt hauptsächlich das weidende Gebiet in Frage, wurden nun auch die Linierer bei Abschluß von Tarifverträgen mitberücksichtigt und gelten in den meisten Fällen als Spezialarbeiter.

Bei Abschluß der nächsten Tarifverträge muß man darauf bedacht sein, möglichst viel für die Linierer herauszuschlagen, da der Linierer bei Verlust seiner Arbeitsstelle fast immer mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen hat, meistens muß er der Stadt, in der er seine Tätigkeit ausübt hat, den Rücken kehren. Akkordtarife sind bereits auch für Linierer vorhanden, doch sind dieselben meist so zusammengestellt, daß es nur einem ganz geübten Kollegen möglich ist, einige Mark über den Minimallohn zu verdienen. Ueber Arbeits- und Lohnverhältnisse der Linierer, sowie deren Zugehörigkeit zur Organisation, wurde im November 1906 eine

Statistik vom Deutschen Buchbinderverband veröffentlicht, die aber schon zur Zeit der Aufnahme unvollständig war; ja, man kann behaupten, daß durch diese Statistik nur 1/3 der Berufsangehörigen ermittelt wurden. Im Anschluß daran wurde von Zentralvorstand und Zentralkommission der Kontobucharbeiter ein Flugblatt herausgegeben und unter den unorganisierten Kollegen und Kolleginnen verbreitet, leider ohne den gewünschten Erfolg. In unserem Jahresbericht von 1908 sind nur 146 männliche und 17 weibliche Angehörige der Linierbranche als organisiert festgestellt worden; es muß also gerade unter den Linierern eine besonders rege Agitation einsetzen. Es wird nun gewünscht, und diesen Wunsch hat sich auch die Tarifkommission der Kontobucharbeiter Berlins zueigen gemacht, daß im Anschluß an den nächsten Verbandstag eine Konferenz oder Besprechung der Linierer stattfindet. Diesebe könnte gleichzeitig, und zwar der Kostertwegen, mit einer Zusammenkunft der Kontobucharbeiter verbunden werden, und wäre es ratsam, wenn die Beteiligten sich darüber in unserem Organ ausprechen würden.

Zum Nutzen der Linierer ist nun eine neue Institution geschaffen worden: der Zentralarbeitsnachweis der Linierer Deutschlands. Ob dieser Nachweis den Hoffnungen entsprechen wird, welche auf ihn gesetzt sind, wird die Zukunft lehren. In den Linierern liegt es, wie sich in Zukunft ihre Lage gestaltet; sie können maßgebenden Einfluß auf dieselbe nur gewinnen, durch Anschluß an die Organisation!  
Berlin. S. A.

### Christliche Kampfesweise.

In Nr. 26 der „Graphische Stimmen“ nimmt Herr Hornbach in echt christlicher Bescheidenheit das Wort, um sich und sein Verbänden als die allein seligmachenden gewerkschaftlichen Faktoren für die Interessen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Buchbindereien, Buchdruckereien und Steindruckereien anzupreisen.

In einem Verjammlungsbericht aus Köln, den unsere „Buchbinder-Zeitung“ in Nr. 50 brachte, waren unter anderem auch die Ausführungen des Kollegen Kompfert, des Gauleiters vom Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen, wiedergegeben. Nach diesen Ausführungen hatte Herr Hornbach bei der Firma Bachem eine höchst merkwürdige Rolle gespielt, indem er in seiner bekannnten Manier die Erfolge, welche der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverband errungen hatte, als die seinigen in die Welt hinausposaunte. Bei dieser Gelegenheit war der „christliche“ Verband ein gewerkschaftlicher Jamstopf genannt worden. Dieses hat Herrn Hornbach ansehend in finnlöse Mut versetzt. Er schlägt in einem spaltenlangen Artikel mit Händen und Beinen um sich und merkt dabei gar nicht, wie ihm die gewerkschaftliche Nase herabrückt. Der wackere Kämpfer greift nicht nur zu reichsverbändlerischen Verleumdungen, sondern auch zu ganz gemeinen Denunziationen. Er schreibt:

„Wichtig ist, daß sich eine große Anzahl der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter dem roten Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter-Verband angeschlossen haben. Warum? Nun, sehr einfach. Weil in der betreffenden Firma die Herren vom Deutschen Buchdrucker-Verband in der Buchdruckerei die erste Violine spielen. Daß die „fromme“ Firma so etwas baut?“

Die Gänsefüßchen bei der „frommen“ Firma stammen auch aus den „Graph. Stimmen“. Nach der Meinung des Herrn Hornbach scheint also die Firma eine viel zu große Lokalanze zu üben. Es ist nur schade, daß die herrlichen Zeiten des Mittelalters vorüber sind. Herr Hornbach würde jedenfalls mit Wonne die ganze „rote“ Gesellschaft braten sehen. Natürlich müssen auch die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“ wieder daran glauben. Nachdem eine längere Ausföhrung des Herrn Dr. Sydow aus der „Sozialen Praxis“ über den Hilfsarbeiterverband wiedergegeben ist, in dem letzterer beschuldigt wird, daß er trotz besterben Tarife die Unternehmer mit Gefuchen um Teuerungszulagen belästige, fährt Herr Hornbach fort:

„Mögen die Herren Unternehmer sich nur die Verbände etwas näher ansehen, mit denen sie Verträge abschließen. Seine besseren alte Tarifverträge auf Treue und Glauben. Gesehkrast haben dieselben nicht. Wie kann man Treue und Glauben von stontandenten verlangen, die beides mit Füßen treten. Da haben sich denn die Herren Arbeitgeber gegen Streiks verklärt; sie haben einen Tarif mit den Buchdruckereihilfsarbeitern abgeschlossen und dann kommen die Hilfsarbeiter und stellen passiven Widerstand. Das heißt: die Arbeiter kommen pünktlich zur Arbeit, fangen auch an zu arbeiten, aber neu a peu, höchst langsam, nur immer langsam. Hier liegt eine sehr große Gefahr für Arbeitgeber sowie, wie Arbeitnehmer. Ramentlich für Zeitungsdruckereien, wo mit Minuten gerechnet werden muß, kann durch ein derartiges Vorgehen unerschöpflich Schaden zugefügt werden.“

Nach diesen außerordentlichen Leistungen wird sich Herr Hornbach wohl nicht mehr über die „Göttern“

entwürfen. Er könnte das Vorstehende wörtlich aus dem Munde des Herrn Lebius abgeschrieben haben. Eine gemeinere Denunziation und einen etelhafteren Versuch, sich bei den Herren Arbeitgeber anzuschmieren, kann man sich kaum denken.

Die Arbeitgeber werden sich durch diese Schweifwebeleien der unbedeutenden „Graph. Stimmen“ allerdings kaum beeinflussen lassen. Sie wissen zu gut, daß Tarife nicht nur auf Treue und Glauben basieren, sondern daß es zu ihrer Einführung und Aufrechterhaltung sehr realer Kräfte bedarf, nämlich starker, einheitlicher Organisationen. Sie wissen auch sehr genau, daß sie sich in dieser Hinsicht auf die freien Zentralverbände verlassen können. Auch unser Buchbinderverband macht davon keine Ausnahme. Stets ist die Verbandslitung mit Erfolg bemüht gewesen, daß die abgeschlossenen Verträge von Arbeiterseite auch gehalten wurden. Leider hat sich der Verband oft genug in der Abwehr befunden, wenn von einzelnen Firmen Tarifwidrigkeiten gemeldet wurden. Herr Hornbach weiß dieses auch sehr gut. Er hat oft genug selbst in Versammlungen darauf hingewiesen, wenn es ihm nämlich gerade so in seinem Kram paßt. Er behauptet also etwas wider besseres Wissen, wenn er im Anschluß an seinen gemeingefährlichen Ausfall gegen die Buchdrucker und Hilfsarbeiter hinzufügt: „Das gleiche kann auch vom roten Buchbinderverband gesagt werden.“

Aber was tut's, jetzt gilt es, sich bei den Herren Arbeitgeber anzuschmieren und anzubiedern, denn innerlich sind wir stärker geworden. Aber unsere Mitgliederzahl ist kleiner geworden, heißt es an einer anderen Stelle in derselben Nummer der „Gr. Stimmen“. Um sich höheren Ortes lieb Kind zu machen, kommt es ihm sogar nicht darauf an, selbst die Vorgänge im Ruhrgebiet, wo doch die Bergarbeiter aller Richtungen sich einig sind in der Abwehr gegen die Knebelungsversuche der Grubenbesitzenden, auf das Schuldonto der freien Gewerkschaften zu jechen. Herr Staatssekretär Delbrück soll dafür sorgen, daß sein treuer Helfer einen Orden bekommt. Das allgemeine Ehrenzeichen hätte er zum mindesten verdient.

Am meisten hat ihn aber der „Januskopf“ geirrt. Nach dem Grundsatz des „Sonnentönigs“ Ludwig XIV. von Frankreich: „Der Staat bin ich“, hat auch Herr Hornbach sich selbst mit dem von ihm geleiteten Organisationsbüro identifiziert und den Januskopf auf seine eigene Wertschätzung bezogen. Der Mann muß es ja wissen. Jedenfalls können seine Ausführungen in seinem Blättchen dazu dienen, daß diejenigen Kollegen, welche ihn nur aus Versammlungen kennen, auch mal sein zweites Gesicht kennen lernen. In Versammlungen, namentlich in solchen, wo es sich um Lohnbewegungen handelt, an denen die Mitglieder mehrerer Verbände beteiligt sind, pflegt Herr Hornbach mächtig in das radikale Horn zu blasen. Da sind ihm alle Forderungen nicht weitgehend genug, da muß dieses und jenes unbedingt erzwungen werden und sollte es das äußerste kosten. Da werden die allerradikalsten Redner noch überradikalisiert. Bewundert fragen hernach die Kollegen: „Ist das der „Christliche“ Herr Hornbach?“

In den „Gr. Stimmen“ liest man es aber nachher anders. Da sucht man sich als das „Lämmchen weiß wie Schnee“ hinzustellen und den Unternehmern plausibel zu machen, daß sie ein Zutreffen an „der Stärkung der christlichen Organisation“ haben. Diese trauen allerdings dem Wolf im Schafspelz nicht so recht, und selbst Herrn Hierdorf, einem der größten Organisationsfeinde, waren bekanntlich die freien Gewerkschaften lieber als die sogenannten „Christlichen“, weil man mit letzteren weiß, wie man dran ist, mit letzteren aber nicht.

An den letzten Leistungen der „Gr. Stimmen“ würden allerdings die richtigen Scharfmacher Freude haben. Sie könnten als eine wertvolle Ausrüstung aus „Arbeiterkreisen“ in den Sammelmappen der Scharfmacher aufgenommen werden und gelegentlich als Material für antigerichtliche Gesetzentwürfe dienen. Weiser können die „Gelben“ es auch nicht machen. Wir empfehlen den „Gr. Stimmen“ als Motto die Worte: „Heiliger Lebius, nimm uns auf!“

**Internationales.**

**Der 5. schwedische Gewerkschaftskongreß** tagte vom 22. bis 30. November in Stockholm und beanspruchte ein besonderes Interesse, da er kurz nach Abbruch des grossen Kampfes tagte.

Den Bericht für die dreijährige Geschäftsperiode gab der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Lindquist. Die Mitgliederzahl stieg von 86 635 im Jahre 1906 auf 186 226 am Jahresabschluss 1907. Im Jahre 1908 trat infolge der Krise ein Rückgang ein; dieses Jahr schloss mit

einem Bestande von 169 776 Mitgliedern. Ein wenig dürfte auch die Beitragshöhe auf die Mitgliederbewegung im Krisenjahr 1908 eingewirkt haben. Einen breiten Raum im Geschäftsbericht nehmen die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe ein. Wir können hier nicht eingehend diesen Abschnitt behandeln, verweisen aber darauf, dass die Haltung der Unternehmerorganisation während der letzten zwei Jahre fortwährend auf die Provokation eines grossen Entscheidungskampfes hinauslief. Die in allen Ländern eingeleiteten freiwilligen Sammlungen für den Grosstreik hatten bis zum 31. Oktober den Betrag von 2 273 345,95 Kronen gebracht, davon aus Deutschland 1 030 286,71 Kronen. An die lokalen Streikausschüsse wurden in der Zeit vom 12. August bis 31. Oktober 1 267 760 Kronen zur Verteilung unter den Kämpfenden übermittelt. An die am Kampfe beteiligten Organisationen wurden in der Zeit vom 15. September bis 31. Oktober zum gleichen Zwecke 1 088 856 Kronen gezahlt.

Die Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht nahm gut drei Tage in Anspruch. Gegen die Proklamation des Generalstreiks erhob sich keine einzige Stimme, die ganze Debatte zeugte im Gegenteil von einem ungebrochenen Kampfesmut. Wesentlich waren nur zwei Einwände. Einestheils wurde moniert, dass die Leitung die Proklamation des allgemeinen Ausstandes eine gute Woche im voraus veröffentlicht hatte, anstatt die Unternehmer vor vollendete Tatsachen zu stellen. Aber dieser Einwand fiel in sich zusammen gegenüber der Tatsache, dass der Landesorganisation ein statutarisches Recht nicht zustand, die Arbeitseinstellung zu fordern. Sie war also auf den Beschluss der Gewerkschaftsmitglieder angewiesen, der nur durch völlige Klarstellung der Situation ermöglicht werden konnte. Der Kongress akzeptierte mit überwiegender Majorität diese Auffassung. Die andere Einwendung richtete sich gegen die Frontänderung nach fünfwöchiger Dauer des Ausstandes. Die Optimisten glaubten, durch eine weitere Woche Ausstand wäre der Sieg sicher gewesen. Die Gründe für die Frontänderung waren aber derart überzeugend, dass die Opposition keinen Eindruck auf den Kongress zu machen vermochte.

Die erste wichtige Organisationsfrage, die zur Verhandlung stand, war die Zusammensetzung und die Aufgaben der Verbände und der Landesorganisation. Eine Vorlage des Landessekretariats forderte weitere Zentralisation. Demnach sollten gleiche und gemeinsame Statuten für alle Gewerkschaften während der kommenden Geschäftsperiode ausgearbeitet werden. Die Grundlage für diese Statuten sollte eine Reorganisation der Landesorganisation bilden; diese sollte zu einer Angriffsorganisation (heute Abwehrorganisation) ausgebaut werden, die für alle Lohnkämpfe aufzukommen habe. Der Beitrag sollte zu diesem Zweck auf 20 Oere pro Woche erhöht werden, wovon 16 Oere an die Streikkasse, deren Reservenfonds auf 5 Millionen Kronen gebracht werden sollte, 3 an die Administrationskasse und 1 Oere an den Volkshaushaltsfonds abgeführt werden sollte. Alle Streikunterstützungen wären auf Grund der Statuten aus der Kasse der Landesorganisation zu zahlen, ohne deren Genehmigung kein Tarifvertrag gekündigt, kein Streik begonnen oder beendet werden dürfte. An die Landesorganisation angeschlossen sollten sowohl Berufs- als Industrieverbände werden können, wohl aber sollte auf den Ausbau der Industrieverbände besonders hingearbeitet werden. Der Statutenentwurf sollte sodann den Verbandsvorständen zugestellt und auf den kommenden Verbandstagen beraten werden, so dass der nächste Gewerkschaftskongress endgültigen Beschluss zu fassen haben würde. Der Kongress beschloss nach langen und eingehenden Debatten, die sehr sachlich geführt wurden, den Antrag auf status quo anzunehmen und eine Kommission einzusetzen, die mit dem Landessekretariat gemeinsam bis zum nächsten Kongress die Frage untersuchen und eventuelle Vorschläge ausarbeiten soll. Als Richtlinie für die Arbeiten der Kommission wurde prinzipiell der sukzessive Uebergang von Berufsorganisation zu Industrieverband festgelegt, ferner, dass die Landesorganisation sowohl Abwehr- als Angriffsorganisation werden soll. Die endgültige Entscheidung wird sodann der nächste Kongress zu treffen haben.

Der Vorschlag, den Streikfonds auf 5 Millionen Kronen zu bringen, wurde abgelehnt und ein abgeänderter Antrag der Landeszentrale auf eine Erhöhung des Streikfonds von 150 000 auf 1 Million Kronen mit 378 Stimmen gegen 64 angenommen. Die Minorität stimmte für 5 Millionen. Darüber, wie diese Mittel aufgebracht werden sollen, haben Landessekretariat und Vorstandskonferenz zu bestimmen.

Ein Antrag des Landessekretariats auf eventuelle Herausgabe eines eigenen Wochenblattes wurde angenommen.

Ein Antrag, der die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften festlegt, fand Annahme. In der Resolution wurde aber festgelegt, dass dieser Beschluss in keiner Weise die geistige Einheit und Solidarität tangiert, „die seit Beginn der Arbeiterbewegung in Schweden die schwedische Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie miteinander vereinen“. Der Kongress betrachtete vielmehr die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens als den natürlichen und selbstverständlichen Träger der politischen Bestrebungen der schwedischen Arbeiterklasse.

Die zur Statutenberatung eingegangenen Anträge waren zahlreich und es galt insbesondere, folgende Beschlüsse zu fassen, die für die Führung der Kämpfe mit den stark zentralisierten Unternehmerorganisationen von Bedeutung werden können. Jeder Streik und jede Aussperrung sollen für die Folge dem Landessekretariat gemeldet werden, auch wenn eine Unterstützung nicht in Frage kommt. Streiks, die Aussperrungen im Gefolge haben können, dürfen nur mit Genehmigung des Landessekretariats begonnen werden. Der Vorstandskonferenz wurde das Recht eingeräumt, Aussperrungen mit allen verfügbaren Mitteln zu beantworten. Demnach werden die Vorstände für die Folge auch Sympathiestreiks anordnen können. Die seitens der Landesorganisation zu zahlende Streikunterstützung wurde auf 8 Kronen pro Woche an vollzahlende Mitglieder festgesetzt. Die Streikunterstützung wird vom 14. Tage nach Ausbruch des Konflikts gezahlt und nur an Organisationen, die mindestens 3 Proz. ihrer Mitglieder im Kampfe haben. An Extrabeiträgen bei Kämpfen kann die Landeszentrale bis zu 50 Oere pro Woche von vollzahlenden Mitgliedern erheben. In Ausnahmefällen kann die Vorstandskonferenz auch höhere Extrabeiträge ausschreiben. Ein solcher Beschluss muss jedoch mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden. Die Verbände hatten für die auf sie entsprechend ihrer Mitgliederzahl entfallenden Extrabeiträge, können jedoch die Summe, die sie für eigene Kämpfe ausgeben müssen, bis zu einer bestimmten Höhe in Abzug bringen. Wo bei Lohnbewegungen mehrere Verbände in Frage kommen, sind diese verpflichtet, zusammenzuwirken. Auch Betriebssperren darf kein Verband verhängen, ohne sich vorher mit den anderen in dem Betriebe vertretenen Verbänden zu verständigen. Gelingt die Verständigung nicht, muss das Landessekretariat angerufen werden. Die Sperren können für die Folge nur von den Verbandsvorständen verhängt werden.

Der „§ 23“ des schwedischen Arbeitgebervereins führte zu eingehenden Debatten. Es handelt sich hier um die prinzipielle Bestimmung, dass dem Unternehmer das Recht auf „Leitung und Verteilung der Arbeit, auf Einstellung und Entlassung der Arbeiter“ zusteht, dass aber das Koalitionsrecht von beiden Seiten respektiert werden muss. Der Sinn des ersten Teiles dieses Paragraphen ist dunkel. An sich kann man vom gewerkschaftlichen Standpunkt nichts gegen die Betriebsleitung durch den Unternehmer einwenden. Aber die schwedischen Unternehmer geben der Bestimmung die weitgehendste Auslegung, so dass sie zur grössten Schikanierung der Arbeiter dient. Der Kongress beschloss, die Bestimmung prinzipiell zu akzeptieren, gegen ihre Auslegung durch die Unternehmer aber zu protestieren und bei künftigen Tarifverhandlungen eine genaue Definition der Bestimmung zu fordern. Jeder versteckte Angriff auf das Koalitionsrecht soll den tariflichen Bestimmungen entsprechend zur Anzeige gebracht werden.

Abgelehnt wurden Anträge auf vorherige Prüfung abzuschliessender Tarifverträge durch das Landessekretariat, die Abführung des seinerzeit von Partei und Gewerkschaften gesammelten Grosstreikfonds an die Landesorganisation usw. Die Forderung auf gleiche Bezahlung der Männer- und Frauenarbeit wurde als prinzipiell richtig anerkannt, aber als zurzeit undurchführbar bezeichnet.

Bezüglich der internationalen Verbindungen beschloss der Kongress, das Landessekretariat zu beauftragen, in erster Linie mit den Landesorganisationen der skandinavischen Länder feste Vereinbarungen betreffend Unterstützung in grösseren Konflikten anzubahnen. Der freie Uebertritt reisender Mitglieder soll zwischen Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland statutarisch festgelegt werden.

Einem Antrag des Landessekretariats, die Forderung auf Freigabe des ganzen Tages am 1. Mai bei den Arbeitgebern zu erheben, wurde

einnützig zugestimmt. In einer Resolution wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert und bestimmt, dass auf die Ersetzung der zweimal 12 Stundenschicht durch die dreimal 8 Stundenschicht hingewirkt werden soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird aufgefordert, für die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages einzutreten.

Der nächste Gewerkschaftskongress findet 1912 statt. Die Bestimmungen über die Vertretung auf dem Kongress wurden dahin abgeändert, dass auf je 500 Mitglieder ein Vertreter entfallen soll, anstatt wie bisher auf je 300. Die neuen Statuten treten am 1. April 1910 in Kraft. Zum Vorsitzenden wurde Lindqvist, zum Kassierer Söderberg und zum Sekretär Thorberg einstimmig wiedergewählt. Das Gehalt der ersteren wurde auf 2700 Kronen und 300 Kronen Repräsentationsgelder resp. 300 Kronen Mankogeld, das Gehalt des Sekretärs auf 2500 Kronen festgesetzt. Als unbesoldete Mitglieder der Landeszentrale wurden Blomberg (Metallarbeiter), Lindley (Transportarbeiter), Jönsson (Fabrikarbeiter) und Sjöstedt (Bäcker) gewählt.

Der Kongress war ein würdiger Abschluss der diesjährigen grossen Mobilisierung der schwedischen Arbeiterklasse. Geschlossen, wie ihre Organisationen in den Kampf zogen, so standen sie auch auf dem Kongress zusammen, bemüht, die Gewerkschaften zu stärken für kommende Kämpfe. Und wir glauben sagen zu können, dass die gefassten Beschlüsse diesem Bestreben entsprechen.

## Korrespondenzen.

**Deutschland:** Zugung nach Krefeld, Freiburg i. B. und Stettin ist streng fernzuhalten; gesperrt ist in Darmstadt die Firma Meß u. John.

**Schweden:** Ganz Schweden ist gesperrt.

**Oesterreich:** Nach Brünn (Mähren) ist Zugung strengstens fernzuhalten.

**Serbien** ist gesperrt.

**Chemnitz.** Unter den Chemnitzer Kartonnagenfabrikanten geht der Streik weiter. Innerhalb weniger Wochen im 4. Kalendervierteljahr ist über drei Firmen Konkurs eröffnet worden. Als erste betraf dies die Firma Viehweg, dann folgte Alban Leißner in Firma E. L. und am 22. Dezember Bruno Gadschäder, wiewohl letzterer vor kurzem wegen Wechselfälschung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Unsere Kollegen meinen, es hängen noch mehrere solche unsicherer Existenzen in der Luft. Im Privatleben merkt man manchen solcher Leute ihre Peite gar nicht an. Hoch zu Ross, als jeder Meistersmann, produziert sich z. B. Herr Viehweg. Na, das gehört schließlich zum guten Ton, nur wäre zu wünschen, daß auch den Beschäftigten gegenüber ein guter Ton in der Werkstatt angeschlagen würde. Da dieses Geschäftsden unter dem Namen der Stiefmutter Viehwegs weitergeht, sei ihr dieser Wunsch besonders als der der Arbeiterinnen nahegelegt. Die Firma A. Leißner soll schon einige Male die Firmenbezeichnung gewechselt haben. Ob sich für Gadschäders Käufer finden, muß abgewartet werden. Nach ihrer bisherigen Geschäftspraxis wäre es um alle drei Firmen nicht schade, wenn sie von der Bildfläche verschwinden. Und nicht nur um diese, sondern mindestens noch um ein halbes Duzend ähnlicher Betriebe, die nur durch Schmuckkonkurrenz sehr schädlicher Art ein Dasein führen, worunter die Arbeitererschaft am meisten zu leiden hat, wäre es nicht schade, zumal ausländische Prinzipale ebenfalls von solchen Parasiten des Gewerbes schwer getroffen werden.

In einem späteren Artikel werden wir zeigen können, wie die Preise für Kartons in Chemnitz seit 25 Jahren immer tiefer gestunken sind. Und das trotz Erhöhung aller Rohmaterialien (Papier, Pappe, Leim usw.), und obgleich ja auch die Löhne in dieser langen Zeit eine kleine Verbesserung erfahren haben.

Chemnitz kann als typisches Beispiel angeführt werden, wie wenig die Herren Fabrikanten in der Lage sind, ihre Produkte zu erhöhen, wenn die Vorbedingung fehlt: nämlich eine starke Arbeiterorganisation. Kaum anderswo kann die Schmuckkonkurrenz größere Dimensionen angenommen haben, als hier. Wo aber bleiben die Herren vom Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten, um hier Abhilfe zu schaffen? Ein dankbareres Feld, meine Herren, ist kaum denkbar! So wie in allen Verufen wird es eben auch hier bei uns sein: die Kartonnagenfabrikanten werden erst zusammengezwungen werden, wenn unsere Kollegenschaft auf dem Platze erscheint. Der Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten wird erst Einfluß gewinnen, sobald die Arbeiter-

bewegung soweit erstarkt ist, daß sie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern, tarifliche Verhältnisse schaffen kann. Und erst dann werden die Schmuckkonkurrenten und Parasiten, zum Vorteil des gesamten Gewerbes, ausgemergelt werden können. Diese Tatsache bestätigt, daß der Deutsche Buchbinderband als Interessenvertretung der Kartonnagenarbeiterchaft zugleich ein Verbesserer der gesamten Berufsverhältnisse ist. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, hinein in den Verband!

**Frankfurt a. M.** Mehr Schutz den Arbeiterinnen. Die Firma Wüsten u. Cie. in Frankfurt a. M. achtet im allgemeinen sehr wenig auf die Arbeiterschutzbestimmungen in ihrer Buchbinderabteilung. Im letzten Sommer ließ sie drei Wochen hintereinander täglich länger als 11 Stunden arbeiten. Wie im Vorjahre, wo der Werksführer Noje wegen Uebertretung der Schutzbestimmungen zu 3 M. Geldstrafe „verurteilt“ wurde, suchte er auch diesmal alle Schuld auf sich zu nehmen. Doch nahm das Schöffengericht diesmal erfreulicherweise einen anderen Standpunkt ein, und machte auch Herrn Wüsten für die Vorgänge in seinem Betriebe verantwortlich, da ihm solche Verstöße gegen Gesetze nicht hätten entgehen dürfen. Noje wurde zu 50, Wüsten zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

**Freiburg i. B.** Wie schon berichtet wurde, wiesen die Kollegen vom christlichen Verband mit unserem Kollegen die minimalen Vorschläge der Unternehmer zurück und ersuchten diese bis Donnerstag, den 16. Dezember, in mündliche Verhandlungen einzutreten. Die Firma Herder sowie die Buchdruckervereinigung erklärten sich in ihrem Antwortschreiben dazu bereit und fanden am Mittwoch und Donnerstag Verhandlungen zwischen den genannten Firmen und der Lohnkommission statt, an denen auch der Vorsitzende des christlichen graphischen Verbandes, Kollege Hornbach-Röhl teilnahm. Nach stundenlangen Beratungen wurde folgendes Uebereinkommen mit der Firma Herder getroffen: Die Arbeitszeit beträgt 53½ Stunden; der Minimallohn beträgt im ersten Jahr nach der Heirat: 17 M., bis zum Alter von 21 Jahren: 19,50 M., von 21—23 Jahren: 22 M., von 23—25 Jahren: 24 M. und für Kollegen über 25 Jahre: 25,50 M.; die Mindestzulage beträgt von 23 Jahren an 1,50 M.; Vorkauf der Feiertage; Akkordarbeit nach Leipziger Tarif; Bezahlung des halben Feiertages für Akkordarbeiter nach zweijähriger Tätigkeit; Mädchen und Hilfsarbeiter erhalten einen Zuschlag von 5 Proz. zu ihren jetzigen Löhnen.

Die Buchdruckervereinigung machte in bezug auf die Arbeitszeit und Minimallohne die gleichen Zugeständnisse, nur sollte das Höchstmimum erst im Alter von 26 Jahren erreicht werden. Dafür soll jedoch die Mindestzulage vom 21. Jahre an 1,50 M. betragen. Die Organisationen sollten sich des weiteren verpflichten, während der Tarifdauer für Hilfsarbeiter und Mädchen keine weiteren Forderungen zu stellen. Bei Akkordarbeit muß der Verdienst mindestens 15 Proz. über den Wochenlohn betragen. Die Kommission gab sich alle Mühe die beiden Tarife einheitlich zu gestalten, doch alles war vergebens, die Unternehmer erklärten, sie würden an diesen Punkten die Verhandlungen eher scheitern lassen, bevor sie nachgeben. Nachdem die Verhandlungen mit diesen Firmen so weit geheißen waren, bemühten sich im Laufe des Freitags und Samstags die Kollegen Hornbach-Röhl und Frey-Stuttgard auch die Innungsmeister und die einzelnen stehenden Firmen zur Anerkennung dieses Vertrages zu bewegen; das Ergebnis war aber ein äußerst minimales. Am Samstag, den 18. Dezember, wurden die erreichten Zugeständnisse einer gemeinsamen Versammlung unterbreitet. Hornbach gab in einem ausführlichen Referat ein Bild über den Verlauf der Lohnbewegung sowie über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern. Er kam zu dem Resultat, das zwar nicht das erreicht sei, was wir forderten, daß es aber immerhin anerkanntswerte Zugeständnisse sind, die uns gemacht wurden, und empfahl die Annahme derselben. In der sehr ausgiebigen Diskussion wurde von allen Rednern bedauert, daß es nicht möglich war, einen einheitlichen Tarif für Freiburg zu schaffen, und für die Hilfsarbeiter und Mädchen feste Minimallohne festzulegen. Einstimmig angenommen wurde folgende von Kollegen Frey vorgeschlagene Resolution:

„Die heute, am 18. Dezember 1909, in Ganters Brannerei tagende, sehr stark besuchte Versammlung des Christl. graph. Verbandes und des Deutschen Buchbinder-Verbandes erklärt, nach Entgegennahme des Berichtes, mit den durch die Verhandlungen erreichten Ergebnissen unter den obwaltenden Umständen — obwohl die Anwesenden ein besseres Resultat erwartet haben — sich zufrieden zu geben. Der christliche Geist und die allgemeine Mäßigkeit der Herren Innungsmeister in bezug auf Arbeiterforderungen können den Verammelten die Annahme dieses Vertrages nicht erschweren. Die Versammlung bedauert aber, daß es infolge der Sachlage der Arbeitgeber nicht gelungen ist, für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tarifmäßige Lohnsätze festzulegen. Um so mehr aber verpflichten die Ver-

sammelten, mit aller Energie und mit allen gesetzlichen Mitteln für die weitere Ausbreitung der Organisationen wirken zu wollen, um das Bestmögliche nachzubolen.“

An den Kollegen liegt es nun, im Sinne dieser Resolution zu arbeiten, mögen sie nicht jetzt, nachdem die Bewegung beendet ist, die Hände in den Schoß legen und einigen wenigen alle Arbeit überlassen; sie sehen, daß wir das, was wir erreicht haben, nur der Organisation zu verdanken haben. Wollen wir das Bekämpfte wirklich nachholen, so ist es nötig, jetzt schon zu rücken, um im gegebenen Moment schlagfertig dazustehen. Drum auf Kollegen, zur Arbeit! Der Kampf ist beendet, ein neuer Kampf beginnt!

**Galle.** Am Sonnabend, den 11. Dezember, konnten wir wiederum eine sehr gut besuchte Versammlung abhalten. In derselben sprach Kollege Zinke-Weipzig über das Thema: „Zweck und Nutzen des Verbandes“. Den älteren Kollegen war dies ja kein neues Thema. Es handelte sich aber in der Hauptsache darum, den in letzter Zeit zahlreich beigetretenen Mitgliedern vor Augen zu führen, wie dringend notwendig ein vollständiger Zusammenschluß der Arbeiter ist. Auch dem letzten Arbeiter muß es endlich einmal klar werden, daß er als einzelner ein Nichts bedeutet, gegenüber den immer geschlossener auftretenden Unternehmern. Darum muß es für die aufgeklärten Verbandsmitglieder eine Ehrenpflicht sein, überall da Hand anzulegen, wo es gilt, unsere Reihen zu stärken. Daß unser Verband seinen Mitgliedern bisher ein starker Rückhalt und Helfer in der Not war, steht unzweifelhaft fest. Er könnte es noch viel mehr sein, wenn erst der letzte Kollege, die letzte Kollegin zu uns gehört. Der lebhafteste Beifall zeigte, daß Kollege Zinke allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Es wurden noch einige Aufnahmen gemacht und ist demnach unsere Zahlstelle auf 92 Mitglieder angewachsen, hat sich also innerhalb einer kurzen Zeit an Zahl verdoppelt. Der Kartellbericht wurde ohne Diskussion angehört. Kollege Rische kam auf die Artikelserie „Neutralität“ zu sprechen und gab seiner Bewunderung Ausdruck über die Auffassung eines Galleschen Kollegen. Zum Schluß wurde auf die Theateraufführung zugunsten der ausgeperrten Mansfelder Bergleute verwiesen und zu zahlreichem Besuch aufgefordert.

**Krefeld.** Am Sonntag, den 19. Dezember, fand eine Versammlung der Zahlstelle statt, deren Besuch leider schon wieder vieles zu wünschen übrig ließ. Kollege Groenhoff referierte über: „Unsere nächsten Aufgaben“. Er gab zunächst ein kurzes Resümee der letzten Lohnbewegung. Ebenso wenig wie ein großer Teil der Kollegen, sei auch der Verbandsvorstand mit dem Ergebnis des Kampfes zufrieden. Die Kollegen seien allzu leicht über manche Umstände hinweggegangen. Das komme aber daher, weil man der Statistik zu wenig Wert beilege. Auch sei es sehr zu beklagen, daß man der Organisierung der jugendlichen und weiblichen Mitarbeiter zu wenig Gewicht beilegte. Die gewerkschaftliche Schulung habe bei manchem Kollegen viel zu wünschen übrig gelassen. Das sei aber kein Wunder, wenn ein großer Teil Kollegen es erst dann für nötig halten, der Organisation beizutreten, wenn ein Streik unmittelbar vor der Tür steht. Diese Leute sind dann keine guten Soldaten. Sie rufen am ersten und lautesten nach Unterstützungen und sind nachher allzu leicht wieder geneigt, auszutreten, nachdem sie die Mittel der Organisation benutzen, ohne je einen Pfennig dafür geopfert zu haben. Aus den Lehren des Streiks entstehen von selbst die nächsten Aufgaben. Vor allen Dingen gilt es, die jungen neu gewonnenen Mitglieder nun auch bei der Fahne zu halten. Leider seien gerade von den jungen Kollegen viele nicht erschienen. Sie an ihre Pflichten zu erinnern, ihnen immer und immer wieder den Wert und die Bedeutung der Organisation vor Augen zu halten, muß die Aufgabe der alten und erprobten Mitglieder sein. Daß in der Versammlung so viele fehlten, sei auch infolgedessen bedauerlich, weil noch eine Anzahl Kollegen draussen stehen und nicht wieder in die Betriebe hineingekommen sind. Die Sorge und das Mitgefühl für diese Kollegen hätte sämtliche Mitglieder in die Versammlung treiben müssen. Der Referent wies dann noch auf die großen Aufgaben hin, welche noch zu lösen sind. Noch stehen eine große Zahl Indifferenter der Organisation fern. Diese müssen gewonnen werden. Ebenso die Kolleginnen und der beständig sich vermehrende jugendliche Nachwuchs. Da gilt es für jeden Kollegen, Hand mit aus Werk zu legen. Auch aus dem Tarif selbst erwachsen uns Aufgaben. Sollen die darin enthaltenen Verbesserungen wirksam sein, dann muß die Organisation stark und geschlossen bleiben. Auch die Regelung der Akkordarbeit erfordert einmütiges und geschlossenes Handeln, damit nicht wieder solche Zustände eintreten wie vor 1906. Sodann kam Kollege Groenhoff auf die Bemühungen zu sprechen, die Kollege Bauer und er unternommen hätten, um die älteren gemäß-

regelten Kollegen wieder unterzubringen. Dieserhalb hatten die beiden Kollegen noch vor der Versammlung eine Besprechung mit dem Vorsitzenden der Arbeitgeber, Herrn Worms, gehabt. Ganz besonders leid tut es uns, daß der alte Kollege Heinen, Mitglied des christlichen Verbandes, draußen gelieben ist. Wir haben uns noch besonders für diesen bemüht. Es scheint aber leider wenig Hoffnung für diesen Kollegen zu sein. Doch in gleicher oder ähnlicher Lage befinden sich auch einige alte Kollegen aus unserer Reihen. Sodann kam Groenhoff mit Bedauern auf die neuesten Leistungen der „Graphischen Stimmen“ zu sprechen und mußte schließlich den ganzen Artikel, Krefeld betreffend, vorlesen. Die Versammlung nahm denselben mit Entrüstung auf. Kollege Groenhoff zog dann noch einmal ein Resümee der bevorstehenden Aufgaben und schloß mit einem warmen Appell an die Versammlung, unermüdet für die Stärkung des Verbandes bestrebt zu sein.

Die Diskussion bewegte sich im großen und ganzen im zutimmenden Sinne, wenn auch einzelne Redner glaubten, dieses oder jenes hätte beim Abbruch des Streiks anders gemacht werden müssen. Kollege Bauer ermahnte die Versammlung, sich nicht durch allerhand Gerede uneins machen zu lassen. Nach seiner Meinung sei der neue Tarif immerhin ein Fortschritt, der sich allerdings nur dann zeigen werde, wenn die Zahlstelle stark, einig und geschlossen bleibe. Er wies dann mit Entrüstung die Anwürfe Hornbachs in den „Graph. Stimmen“ zurück. Natürlich sei es seine Pflicht gewesen, nachdem die Dinge so weit geblieben waren, daß es zum Kampf kommen mußte, nun nicht etwa zum Rückzug zu blasen, sondern die Versammlung zu begeistern und mit Mut zu erfüllen. Wenn Hornbach das „sich aufs hohe Pferd setzen“ nenne und von Radikalismus spreche, so müsse er das zurückweisen. (Zwischenrufe: Hornbach hat ja noch viel radikaler gesprochen.) Auch die Anwürfe, daß der Ausbruch des Kampfes seine Schuld sei, müsse er zurückweisen, um so mehr, da der Kollege Müller, Kommissionsmitglied vom christlichen Verband, sich selbst von der Galtlosigkeit dieser Beschuldigungen überzeugt habe. Hornbach suche nur im trüben zu fischen und Uneinigkeit zu säen, was ihm aber hoffentlich nicht gelingen werde.

Kollege Groenhoff wies noch darauf hin, daß man dem christlichen Verband mit seinen 6 Mitgliedern ein viel zu großes Entgegenkommen bewiesen habe. Er hätte mal sehen mögen, wenn das Zahlenverhältnis ein ungeheures war, ob man uns dann auch eine Vertretung eingeräumt hätte? (Zwischenrufe: Man hätte uns hinausgeworfen!) Zum Dank für unser überaus loyales Handeln wirkt nun Herr Hornbach mit Dred nach uns. Jedenfalls hat er, trotz seines Ableugnens, den Artikel, der während des Streiks in dem bekannten „Machener Volksfreund“ erschienen ist, auch inspiriert. Dieses von „Arbeiterfreundlichkeit“ triefende Zentrumsblatt wurde wegen Streifbrecher-Annoncen von der Krefelder „Volks-Tribüne“ gerüffelt und nannte dann nach München-Glabbecher Manier den Buchbinderverband eine Streifbrecherorganisation. Jetzt will man dem Kollegen Bauer auch die Schuld in die Schuhe schieben, daß der alte Kollege Heinen seine Stelle verloren habe. Den hat aber Herr Hornbach selbst auf dem Gewissen. Nachdem er so großzügig für seine sechs Mitglieder auch eine Vertretung verlangte, war es selbstverständlich, daß unsererseits nun auch darauf gesehen wurde, was man von den Sechsen zu halten hatte. Wenn nun beim Kollegen Heinen Umstände ökonomischer, die eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen, dann hätte Hornbach als Organisationsleiter sich mit uns deswegen verständigen müssen. Statt dessen hat er sich aufs hohe Pferd gesetzt und sogar mit dunklen Warnungen um sich geworfen, falls man seinem Verlangen nicht nachkommen wollte. — Es kamen noch einige Redner zum Wort, die sich in ähnlicher Weise ausließen. Da aber die Zeit sehr vorgeritten war, fand ein Schlußantrag und Vertagung für die nächste Versammlung Annahme.

Es kamen dann noch einige Mitteilungen über die Besuche zur Einführung der Arbeitssicherung zur Sprache. Ferner ein Antrag, den Gemahregelten aus der Lokalkasse eine Ertragsunterstützung zu gewähren. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß auch der Gewerkschaftsverband zu diesem Zweck ein Rundschreiben erlassen hätte. Kollege Groenhoff teilte hierauf mit, daß er von der Zahlstelle Köln schon 26,65 M. für gedachten Zweck empfangen und mitgebracht habe. Den freundlichen Gebern wurde ein Verbot gewidmet und damit fand die Versammlung ihren Schluß.

**Lutenwabe.** Eine außerordentlich gut besuchte Generalversammlung der Zahlstelle tagte am 11. Dezember hier und wurde in derselben gleich die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, damit dieser auch in den ersten Wochen des neuen Jahres voll vom Vertrauen der Mit-

glieder überzeugt sein kann. Der bisherige Zahlstellenvorstand wurde dabei nur teilweise erneuert. So wurden neugewählt als Schriftführer Kollege Post, als Revisor Kollege Pfiz. Durch acht Neuaufnahmen, die in letzter Zeit erfolgten, ist die Zahl der Mitglieder auf über 200 gestiegen. Allgemeines Interesse erregten die Ausführungen des Kollegen Sailer über den Ablauf des Minimaltarifs und die diesigen Organisationsverhältnisse. Der Tarif läuft am 31. Mai 1910 ab, wenn am 1. März seine Kündigung erfolgt. Die Lohnsätze, welche er vorsieht, entsprechen den jeweiligen Feuerungsverhältnissen nicht mehr und die Kollegenschaft muß sehen, daß sie Verbesserungen erzielt. Dazu ist aber nötig, die Organisation noch mehr zu stärken. Das zeigt eine Statistik, die Auskunft gibt über die Beteiligung der einzelnen Branchen an der Mitgliederzahl der hiesigen Zahlstelle. Es sind danach beschäftigt: 65 Presser, organisiert 50 = 77 Proz.; 10 Zuschneider, organisiert 9 = 90 Proz.; 9 Buchbinder, organisiert 6 = 66 Proz.; 38 in der Kartonbranche, organisiert 22 = 57 Proz.; 112 sonstige Arbeiter und Arbeiterinnen, organisiert 60 = 53 Proz.; 41 Jugendliche, organisiert 9 = 22 Proz.

Aus dieser Statistik ist ersichtlich, daß noch ein großes Stück Arbeit geleistet werden muß, ehe an eine Durchführung der gewünschten Verbesserungen zu denken ist. Wenn die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen eine Verbesserung wünschen, müssen sie sich der Organisation anschließen, dies muß ihnen bei jeder Gelegenheit gesagt werden. Nach reger Diskussion wurde beschlossen, den Tarif zu kündigen und Wunsch, daß nicht vergessen werde, die Verbandskasse durch Kleben von Ertragsmarken zu stärken, damit sie bei allen Kämpfen der Kollegenschaft ein starker Rückhalt sei.

**Rundschau.**

**Die Gewerkschaften, die badische Regierung und der Arbeitsnachweis der Industriellen.** Das Gewerkschaftsblatt in Mannheim hat der badischen Zweiten Kammer der Landstände eine Petition übermittelt, in der gegen die Geschäftspraxis des Industriellen-Arbeitsnachweises zu Mannheim Einspruch eingelegt und gefordert wird:

1. Einrichtung paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise in allen Gemeinden;
2. Verbot des Industriearbeitsnachweises in Mannheim;
3. Verbot von Neugründungen einseitiger Interessenten-Arbeitsnachweise.

Auf Veranlassung der Regierung werden seitens des Bezirksamtes Erhebungen über die in der Öffentlichkeit gegen den „Arbeitsnachweis der Industriellen“ erhobenen Vorwürfe wegen Ausperrung missliebiger Arbeiter veranstaltet. Es ist bereits der Arbeiterssekretär, Genosse Bötker, sehr eingehend vernommen worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle erhobenen Anschuldigungen erwiesen werden. Die badische Regierung wird dann in die Lage versetzt sein, dem Bundesrat eine Fülle von Material für ein gesetzgeberisches Einschreiten gegen die in der Dunkelkammer der Unternehmer geübten Praktiken vorzulegen. Herr Delbrück, der bei der Verhandlung im Reichstage behauptete, von den geschilderten Missetaten nichts zu wissen, wird dann Gelegenheit haben, sein Wissen zu bereichern.

Auch der Staatsanwalt führt seit 14 Tagen eine Untersuchung, seine Ermittlungen sollen aber nicht genügendes Material zu einem strafrechtlichen Einschreiten ergeben haben.

Nach Veröffentlichung der Broschüre über den Arbeitsnachweis der Industriellen wurde der „Mannheimer Volksstimme“ verschiedenes Material zugesandt. Darunter befand sich die Mitgliederliste, Ausführungsbestimmungen zum Organisationsstatut hinsichtlich des Verhaltens der Unternehmer bei Streiks und Arbeitssperren nach Abschluß des Streiks, ferner einige Geheimzirkulare, in denen mit leeren Nebensätzen die aus den Geheimakten gemachten Angaben als falsch bezeichnet werden. Die „Volksstimme“ richtete scharfe Angriffe gegen die Unternehmer, dabei auf die vorjährigen Ehrenerkennungen verweisend, die anlässlich des Streiks auf dem Streikzweck gemacht wurden, denen zufolge solche Dinge, wie sie jetzt nachgewiesen sind, nicht vorgekommen seien.

Den städtischen Kollegien Mannheims liegt zurzeit ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung vor. Dieser Antrag kam in einer am 14. Dezember stattgefundenen Bürgerausschuss-Sitzung zur Beratung, bei welcher Gelegenheit die Ständegeschichte des Industriellen-Arbeitsnachweises zu einer Ausinandersetzung mit den Großindustriellen führte. Der Vorsitzende des Arbeitsnachweises, der Großindustrielle Engelhorn, gab zu, daß die über den Arbeitsnachweis veröffentlichten Buchauszüge „einem früheren im Bureau des Arbeitsnachweises geführten Buch entnommen

seien, welches länger als Jahresfrist nicht mehr im Gebrauch sei“. Engelhorn führte weiterhin aus: „In diesem Buche wurden die Namen derjenigen Arbeiter eingetragen, die irgendeine Firma nicht mehr zugewiesen haben wollten; . . . nebenbei wurde auch der Grund dafür angegeben. Einzelnen dieser Eintragungen wurde noch die Bezeichnung Z. N. hinzugefügt. Dieses Zeichen sowohl wie alle anderen in dem Buch angeführten Bemerkungen hatten, wie festgestellt worden ist, für die betreffenden Arbeiter keine weiteren Konsequenzen.“ Demgegenüber steht aber fest, daß viele Vertrauensleute der Gewerkschaften tatsächlich Monate hindurch nirgends in Arbeit genommen wurden und daß diese jetzt zugegebenen Tatsachen vor Jahresfrist noch bestritten wurden. Engelhorn gab schließlich auch zu, daß eine Liste für die Arbeiter, die einer bestimmten Firma nicht mehr zugewiesen werden dürften, heute noch existiere, doch sei diese Liste jetzt anders angelegt, weshalb Beschwerden hiergegen nicht mehr kommen könnten. Die „Volksstimme“ war daraufhin in der Lage, mitzuteilen, daß nach Bekanntwerden der Sachdaten die neue Liste in Gewahrsam gebracht worden sei, um sie der gerichtlichen Nachprüfung zu entziehen. Selbst die einkaufende Korrespondenz gehe jetzt nicht mehr zu Händen der Beamten im Arbeitsnachweis, der Syndikus Dr. Moebius forcierte diese erst.

Die „Volksstimme“ hat verlangt, daß gegen sie durch ein Strafverfahren vorgegangen werden soll.

**Christlicher Banterott.** Die christlichen Gewerkschaften haben im allgemeinen einen heidenmännigen Respekt vor einer öffentlichen Darlegung ihrer Finanzverhältnisse und nur in seltenen Fällen kann der Außenstehende die Wahrheit über die Finanzen christlicher Organisationen erfahren. Ein solcher Moment bietet sich jetzt auch einmal bei dem christlichen graphischen Organisationsrat. In letzter Nummer der „Graphischen Stimmen“ wird ein Bericht über die Krefelder Lohnbewegung veröffentlicht — mit dem wir uns auch an anderer Stelle beschäftigt haben —, in dem mitgeteilt wird, daß ein mehrjähriges Mitglied der Christen als gemahregelt auf der Strecke blieb und im Anschluß daran heißt es: „Der gemahregelte Kollege ist mehrjähriges Verbandsmitglied und verdient die finanzielle Unterstützung sämtlicher Verbandsmitglieder.“

Es sind also unsere braven Christen so schlecht bei Kasse, daß sie nicht einmal einen gemahregelten Kollegen aus Organisationsmitteln über Wasser halten können!

**Die Gelben gegen die Arbeitslosenversicherung.** Wie bei anderen Korporationen, so hatte der Magistrat der Stadt Augsburg auch bei den Gelben ein Gutachten zur Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung eingeholt. Die Vorstandschaft der Gelben beschloß, sich gegen diese Einführung auszusprechen, da die Gemeinde nicht berechtigt sei, Zuschüsse an einen Teil der Gemeindeglieder aus Mitteln der Allgemeinheit zu gewähren. Unter keinen Umständen könne dem Center System zugestimmt werden, da dadurch die sozialdemokratischen Organisationen gestärkt würden. Uebrigens sei die Einführung einer Arbeitslosenversicherung überflüssig, da insbesondere für gelernte Arbeiter eine Arbeitslosigkeit nicht vorhanden sei, eher sei ein Mangel an Arbeitern zu verzeichnen. Auch würden die Augsburg'schen Industriellen ihren arbeitslosen werdenden Arbeitern in reichlichem Maße Unterstützungen zuwenden. Dieser Beschluß der Gelben deckt sich fast wörtlich mit den Gründen, die von den Augsburg'schen Industriellen gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung angeführt worden sind. Die Gelben zeigen sich auch hier wieder als Schutztruppe der Unternehmer und leisten als solche den scharfmacherischen Industriellen Beihilfe.

**Arbeitgeber als Steuerheber.** Vom Oberbürgermeister der Stadt Köln war der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln ersucht worden, seine Kölner Mitglieder zu befragen, ob sie bei der Erhebung der Einkommensteuer ihrer Angestellten und Arbeiter durch Einbehaltung der Steuerbeiträge von dem fälligen Gehalt oder Lohn mitwirken wollen! Bei dieser Gelegenheit wird auch bekannt, daß eine solche Art, die Einkommensteuer einzutreiben, in Essen a. d. Ruhr, Bochum, Wermien, M.-Glabbecher, Recklinghausen, Rindern, Freireich, E. schon besteht. Zehlfachschlagen ist der Versuch, sie einzuführen, in Frankfurt a. M. und in Halle a. S. Auch die Kölner Industriellen sind in ihrer großen Mehrheit nicht geneigt, den Steuerheber zu machen. Wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, hat der angegangene Verein erklärt, die im Kreise seiner Kölner Mitglieder angestellte Umfrage habe ein verneinendes Ergebnis geliefert. Wegen dieser Praxis sprechen auch rechtliche Gründe zwingender Art. Ein Arbeitgeber ist nicht berechtigt, andere Lohnbeziehungen und -Abzüge zu machen, als in der Gewerbeordnung (§ 116) vorgesehen sind. Dazu gehören Einbehalten und Abzüge für fällige

Steuern nicht. Soweit es sich im Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber um Steuern überhaupt handelt, kommen nur die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Lohnes, in Betracht. Danach unterliegt der Arbeitslohn u. a. insoweit einer Pfändung (durch die dazu berufenen Organe) als es sich um direkte persönliche Staatssteuern und Gemeindeforderungen handelt, die nicht seit länger als drei Monaten fällig geworden sind. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den dem Arbeiter gezahlten Arbeitslohn einzubehalten, um ihn an die Steuerbehörde abzuführen. Aber er ist durchaus nicht berechtigt, dem Arbeiter Lohnabzüge als Steuererheber des Staates oder der Gemeinde zu machen. Und — was die Hauptsache ist — der Arbeiter ist nicht verpflichtet, sich solch einen unerhörten Eingriff in sein Eigentum gefallen zu lassen.

**Kindarbeit.** Wie die österreichischen Gewerbeinspektoren in ihren kürzlich erschienenen Berichten für das Jahr 1908 mitteilen, werden in Oesterreich noch Kinder im zartesten Alter auf Wägen, in Steinbrüchen, zur Gewinnung von Kreislagen, zum Sortieren nicht desinfizierter Vorzeln, zum Zubereiten von Weigelfajuren und Auftragen derselben, zum Ablegen von Schriftlettern, Ausblasen von Sechskästen usw., und im übrigen in fast allen Industriezweigen beschäftigt. 1410 jugendliche Personen, darunter 767 unter 14 Jahren, wurden in ungezügelter Weise beschäftigt. Von den in Böheimen in Ziegeleien ermittelten Kindern hatte ein Knabe noch nicht das achte Jahr vollendet! Im Komolauer Bezirk wurde ein elfjähriger Knabe ermittelt, der eine Kreislage (!) bediente. Mädchen und Knaben von 9 Jahren wurden ferner in der Leder- und Zelluloidindustrie angetroffen. Bei der Revision einer der größten Seidenfabriken Südtirols wurden mehrere kleine Mädchen in dem Augenblick überrascht, als diese im Begriffe standen, durch eine Falltür in den unterhalb befindlichen Lagerraum zu flüchten. Wie sich später herausstellte, waren in dieser Fabrik 26 Mädchen unter 14 Jahren täglich 10 1/2 Stunden hindurch regelmäßig beschäftigt, von welchen 14 gerade erst das 12. und vier noch nicht das 11. Lebensjahr erreicht hatten. Der verdreherische Ausbeuter erhielt nur eine Strafe von 1000 Kronen zubilligt.

Dem Inspektorat in Pola wurde die schwere Verletzung eines zehnjährigen Knaben bei der Feigpresse einer Feigwarenfabrik bekannt usw. So ist die Kinderarbeit in Oesterreich noch in ihrer furchtbarsten Form anzutreffen!

**Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.** Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 1908 jugendliche Arbeiter in 91888 und über 16 Jahre alte Arbeiterinnen in 86381 Fabriken beschäftigt. Von den unter 14 Jahre alten Kindern waren 6677 männlichen und 5385 weiblichen Geschlechts, ihre Zahl hat gegen das Vorjahr um 600 bzw. 400 abgenommen. Von den jungen Leuten von 14 bis 16 Jahren waren 289 000 männlichen und 150 000 weiblichen Geschlechts. Gegen das Vorjahr zeigte sich bei weiblichen jugendlichen Arbeitern ein Rückgang von etwa 200, während die Zahl der männlichen jugendlichen Arbeiter um 4000 gestiegen ist. Die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen betrug 1 150 033, davon waren 450 887 16 bis 21 Jahre und 699 146 über 21 Jahre alt. Gegen das Vorjahr hat eine Zunahme der erwachsenen Arbeiterinnen um 4500 stattgefunden, wovon 1400 16 bis 21 Jahre und 3100 über 21 Jahre alt waren. Auf jede Fabrik, die jugendliche oder erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt, entfielen durchschnittlich 4,9 jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts und 13,3 erwachsene Arbeiterinnen. Die entsprechenden Zahlen für das Vorjahr sind 5,0 bzw. 13,5.

**Eine Schifffahrtsgenossenschaft Genueser Seeleute.** Mit einem weitläufigen Programm ist vor kurzem in Genua eine Genossenschaft ins Leben getreten, die wohl eine neue, bisher noch nicht dagewesene Art genossenschaftlicher Organisation darstellen dürfte. Sie nennt sich „Lohn der Arbeit“ und bezweckt die Übernahme und Ausführung von Seetransporten durch ihre Mitglieder, die sich ausschließlich aus dem Seemannsstande rekrutieren sollen. Diese Genossenschaft hat sich kein geringeres Ziel gesetzt, als „Italien für seine überseeischen Transporte von allen ausländischen Flaggen zu emancipieren, die italienische Handelsmarine durch neue Schiffe, die nach den neuesten Modellen auf italienischen Werften gebaut werden sollen, zu bereichern und der verdienstvollen Masse der Schiffer und Seeleute bei ihrem mühevollen Streben nach moralischer und materieller Verbesserung ihrer Lage behilflich zu sein.“ — Was tatsächlich eine genossenschaftliche Handelsflotte, wie die Begründer des Unternehmens sie sich erträumen, zustande kommen wird, hat es freilich wohl noch gute Wege. Jedenfalls aber ist auch der unmittelbare Zweck der Genossenschaft, nämlich der der Ausschaltung der auch im Schifffahrtsgewerbe die Beziehungen zwischen den Auftraggebern und den ausführenden Organen erschwerenden Zwischenmänner, der Kommissionäre, Speditionäre usw., welche durch ihre zur Aus-

führung des Transportgeschäftes durchaus nicht unentbehrlichen Dienstleistungen einerseits die Transporte verteuern und andererseits den Verdienst der Schiffer herunterdrücken, wohl der Beachtung und Anerkennung wert. Ferner soll auch noch eine Krankenkasse für die Mitglieder sowie eine Bibliothek begründet werden, deren Rände auch mit an Bord genommen werden dürfen, damit die auf längeren Seereisen nicht fehlenden Mußstunden angenehm und nutzbringend zugleich verbracht werden können.

Das Kapital der Genossenschaft wird aus Aktien von je 25 Lire gebildet, welche in zwölf Monatsraten eingezahlt werden können. Die Anteile sind unübertragbar und werden nur an Angehörige des Seemannsstandes selbst herausgibt. Die Mitgliederzahl ist unbeschränkt. Es handelt sich hier also um einen Versuch mehr auf dem die nationale Eigenart der italienischen Genossenschaftsbewegung bildenden Gebiete der beruflich gegliederten Arbeitskooperation, deren Organismen sich von den Produktivgenossenschaften alten Stils dadurch wesentlich unterscheiden, daß sie nicht nur kleine, engbegrenzte Kreise von Arbeitern zusammen-schließen, sondern allen Angehörigen des betreffenden Berufes ihre Pforten öffnen, wodurch den Unternehmungen eine größere Elastizität erhalten bleibt und sie besser vor der Verflüchtigung und der kapitalistischen Entartung geschützt sind.

**Adressenänderungen.**

**Gauzevollmächtigte.**

**Gau VIII.** Heinrich Kornacker, Hannover, Ballhofstraße 171 r.

**Vertikale Bevollmächtigte.**

**Hant-Wilhelmsbaven:** H. Krumbiegel, Wilhelmshaven, Kaiserstr. 127 part.

**Wittenberg (Elbe):** W. Silbebrandt, Mittelstraße 17.

**Hannover:** Alle Sendungen für die Zahlstelle sind zu richten an H. Kornacker, Hannover, Ballhofstraße 171 r.

**Briefkasten.**

Ein Druckfehler hat sich in unseren vierten Artikel der Serie „Scharfmacherpläne“ eingeschlichen. Auf der 33. Zeile muß es selbstverständlich Arbeiter h m e r statt Arbeiter heißen.

**D. Schm. in G.** Die Debatte über die Neutralität ist geschlossen, daher Ihr Artikel abgelehnt und weil er auch sonst unklar gehalten.

**ANZEIGEN**

**Dresden.**

Am 18. Dezember starb unser Mitglied, die Kollegin Fraulein **Margarete Wagner** im Alter von 18 Jahren. Ehre ihrem Andenken. **Der Vorstand.**

**Zahlstelle München.**

Am 22. Dezember starb unser langjähriges, treues Mitglied **Hermann Kojzschnik** im Alter von 34 Jahren. Wie werden ihm ein treues Andenken bewahren. **Die Ortsverwaltung.**

**Anton Spindler, Leipzig-Th.**

**Vorteilhafte Bezugsquelle** in besten Rotguss-Schriften, Gravüren für Presse und Handvergoldung Sämtliche Ueberzug u. Vorsatzpapiere Japanische Neuheiten Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

**Machen Sie Ihren Klebstoff, Kleister, Leim selbst?**

So sind Sie unser Kunde, wenn Sie die neue, billige, mehlförmige, trockene

**Reis-Eiweiss-Stärke**

**„Protamol“**

probieren

Proben und Prospekte durch die

**I. Triester Reisschälfabriks-Aktien-Gesellschaft :: Triest**

Generalvertr.: **Carl Cordes, Magdeburg.**

**Stottern**

Ueber dauernde Befähigung gibt Auskunft unjournalehem. Schw. Stott. **O. Hausdörfer,** Dreslau-Wilh. 62 d. Jahrb. Dankfragungen von Kerzen, Geißl., Lehr-, Beam. usw.

**Seit 1859 praktisch erprobt**

sind die Werkzeuge von **F. Klement,** Leipzig, Seeburgstr. 36. Dieselben sind dauernd brauchbar und nur direkt vom Erzeuger zu beziehen.

Für meine Buchdruckerei und Buchbinderei suche ich einen tüchtigen

**Buchbindergehilfen,**

der selbständig arbeiten kann, auch im Binden aller Bücher erfahren, in dauernde Stelle. Eintritt möglichst bald. Gest. Offerten mit Zeugnisangabe und Gehaltsansprüchen erbeten.

**A. Schnelder, Sangerhausen.** (Sangerhäuser Zeitung.)

Eine kleinere, aber komplette **Buchbinderei-Einrichtung** ohne Schneidemaschine wird zu **kaufen gesucht.** Gest. Offerten mit Preisangabe unter **A. P. 357** an **Rudolf Woffe, Magdeburg.**



Kostenfreier **Arbeitsnachweis** für Buchbinder **O. Th. Winckler, Leipzig**